

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einjährlich 60 Pf. Postgebühren- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnement 8.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner
„Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in
die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stabsbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparteilichkeit
80 Pfennig, Kellamietze 2.—, Kell-
merl. „Kleine Anzeigen“ das ein-
seitige Wort 25 Pfennig (täglich zwei
seitige Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote des erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. März über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich
von 9^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbankkonto: Berlin 27536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Et. 8 u. Die-Gei. Depotkassier Lindenstr. 3.

Die Opfer von Neurode.

151 Bergleute tot — davon 70 immer noch nicht geborgen.

Neurode, 10. Juli.

Die Verwaltung der Wenzeslaus-Grube gibt neue Zahlen über die Belegschaften, die zur Zeit des Kohlenfäureeintruchs im Kurt-Schacht tätig waren, sowie über den Umfang der Katastrophe aus. Diese Zahlen scheinen nunmehr endgültig zu sein. Danach arbeiteten im Gesamttschacht 224 Mann. Davon waren ungefähr 14, so daß 210 übrig blieben, die im Einbruchgebiet arbeiteten. Von diesen sind zehn Mann lebend gerettet worden und konnten sich sofort in ihre Wohnungen begeben. Verletzt ins Lazarett gebracht worden sind 49 Mann, so daß also insgesamt 59 Mann gerettet worden sind.

Tot sind 151 Bergarbeiter, und zwar:

- 82 Mann der eingeschlossenen 17. Abteilung.
- Von diesen sind bisher 12 herausgeschafft worden. 70 sind noch eingeschlossen.
- 55 Mann gehörten der 18. Abteilung an;
- 9 Mann waren im Schacht beschäftigt; ferner konnten
- 1 Mann bei der dritten Maschinenteilung und
- 4 Beamte ebenfalls nicht gerettet werden.

Gegen 20 Uhr fuhr wieder eine Bergungsgruppe von 20 Mann in den Schacht ein. Die Gase sind zum großen Teil abgezogen, so daß jetzt ohne Maske an die Aufräumungsarbeiten gegangen wird. Die Aufräumungsarbeiten sind sehr schwierig, zumal sich die Lage oft ändert. An den Ausgangspunkt der Katastrophe ist man noch nicht gelangt.

Das Unglück bei Neurode ist die schwerste Bergwerkskatastrophe, die sich seit dem Jahre 1908 in Deutschland ereignet hat. Damals waren auf der Zeche Radbod bei Hamm 360 Todesopfer zu beklagen.

Beileid des Gewerkschaftskongresses.

Stockholm, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der Stockholmer Gewerkschaftskongress hat am Donnerstag zu Beginn der Sitzung den Opfern des großen Grubenunglücks im Waldenburger Revier sein Beileid ausgesprochen. Die Delegierten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen. Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationalen, der Belgier Delattre, dankte dem Kongress für den Ausdruck des Beileids.

Der Kongress beschloß alsdann, ein Beileidstelegramm an den Deutschen Bergarbeiterverband abzusenden.

Die Tragödie der Arbeit. Menschenopfer unerhört...

Ganz Deutschland steht unter dem Eindruck des entsetzlichen Grubenunglücks, das die Zeche Wenzeslaus im Neuroder Kohlenrevier heimgeführt hat. Schwarze Fahnen wehen von den Fördertürmen und tragen die Kunde von dem Massensterben wertvoller Bergleute weit ins Land hinaus.

Während im Innern des Schachtes noch todesmutige Rettungskolonnen einen verzweifelten Kampf gegen die Giftgase aufnehmen und mit der angeborenen Fähigkeit des Bergmannes immer wieder von neuem versuchen, ihre eingeschlossenen Kameraden noch in letzter Minute dem Sengenmann zu entreißen, harren draußen vor den Zehentoren in dumpfer Verzweiflung die Frauen auf ihre Männer, die Mütter auf ihre Söhne und die Kinder auf ihre Väter. Von Stunde zu Stunde häufen sich die Hiobsbotschaften, steigt die Zahl der jutage geförderten Toten und sinkt die Hoffnung der Wartenden, auch nur einen einzigen Eingeschlossenen lebend wiederzusehen.

Die Trauerbotschaft aus Neurode hat in allen Bevölkerungsteilen Deutschlands tiefstes Mitleid ausgelöst. Die Presse aller Richtungen trägt dem Ernst dieser Stunde Rechnung. Die ersten Spenden von Regierungen und Organisationen sind zur Vinderung der bitteren Not den Angehörigen überwiesen worden. Auch freie wohltätige Sammlungen sind wieder in Aussicht genommen.

Die Erschütterung des öffentlichen Gewissens, die sich in diesem Streben zu helfen kundtut, ist gewiß zu begrüßen. Angesichts des Massensterbens schlecht entlohnter Bergproletarier wäre eine andere Haltung kaum zu verstehen. Als im Vorjahre der Tod unter den Waldenburger Bergleuten seine Massenopfer forderte, schien auch eine kurze Zeitspanne das öffentliche Gewissen zu pochen. Aber nur zu bald sind die Betrachtungen über das Hungerleid dieser Kohlenhauer wieder aus der publizistischen Erörterung verschwunden. Das Elend jedoch besteht weiter, die Löhne bleiben so unzulänglich, wie die Preise für des Lebens Notdurft hoch bleiben. Wer spricht noch viel von diesem „Unabänderlichen“?

Nun reißt der Grubentod aufs neue weite Wunden in das Heer der Kumpels, die in Neurode für noch kümmerlicheren Lohn die gefährlichste Arbeit verrichten, stets bedroht von der Gefahr, erschlagen oder — abgebaut zu werden. Grell leuchtet dieser Massentod wieder einmal hinein in die tägliche Tragödie der Arbeit, die nur selten zum Bewußtsein derer dringt, die sich um die Klärung der Sozialrenten mehr bemühen als um die sorgfältige Sicherung des Arbeiterlebens.

Was weiß man denn schon von den harten Tatsachen, die uns die nüchterne Statistik verrät? Was weiß man denn schon davon, daß alljährlich viele Tausende an Menschenopfern fallen bei der Arbeit, die gegen Lohn für fremdes Werk verrichtet wurde?

Die Gedankenlosigkeit weiter Kreise bringt es mit sich, daß von den täglichen Arbeitsunfällen in der Öffentlichkeit kaum noch Notiz genommen wird. Bauarbeiter stürzen vom Gerüst, Erdarbeiter werden verschüttet,züge fahren im Nebel in Streckenarbeiterkolonnen, in den Betrieben der großen Stahl- und Eisenwerke sind schwere Verbrennungsunfälle an der Tagesordnung. So fordert das Schlachtfeld der Arbeit tägliche Opfer aus der Reihe der Arbeiterschaft, nimmt den Familien den Ernährer oder macht Männer in der Blüte ihrer Jahre zu erwerbsunfähigen Krüppeln. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wurden in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1927 durch Arbeitsunfälle 8436 Personen getötet, völlig erwerbsunfähig waren durch Unfall 1935 und teilweise erwerbsunfähig 125026 Personen, die in diesem Jahr erstmalig Entschädigungen erhielten. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein stieg im folgenden Jahre die Zahl der gemeldeten Unfälle gegenüber 1927 um 12 Proz. und die Zahl der hieron entschädigten Unfälle sogar um rund 25 Proz. Die tödlichen Unfälle erhöhten sich 1928 gegenüber dem Vorjahre um mehr als 10 Proz.!

Das starke Anwachsen der Arbeitsunfälle in den letzten Jahren ist kein Zufall. Zwar ist die Schuldfrage heiß um-

Trauerfundgebung des Reichstags Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Opfer.

Im Reichstag hielt am Beginn der Donnerstag-Sitzung Präsident Lohse folgende Ansprache, die stehend angehört wurde: Ein furchtbares Unglück, wie es in gleicher Schwere seit Jahren sich in Deutschland nicht ereignet hat, hat gestern die Wenzeslausgrube bei Neurode in Schlesien betroffen. Hundert Bergleute sind dem Unglück bis jetzt zum Opfer gefallen, viele andere sind verletzt, zahllose Familien in tiefe Trauer gestürzt. Die Vertreter des Betriebsrates der Berginspektion und des Bergarbeiter-Verbandes haben sich bis jetzt vergeblich bemüht, an den Ursprungsherd der Katastrophe vorzudringen, um die Ursache des Kohlenfäureausbruchs festzustellen. Wir können deshalb in diesem Augenblick ein Urteil noch nicht fällen, ob das Unglück etwa durch menschliches Versähen oder Versehen oder durch unbeherrschbare Naturkräfte verursacht worden ist. Wir müssen uns im Augenblick darauf beschränken, die Behörden um eine genaue Untersuchung zu ersuchen, den Hinterbliebenen, Angehörigen und Verletzten unsere Teilnahme auszusprechen und ihnen die Versicherung zu geben, daß allgemeine Mittel die Not werden lindern helfen müssen, die dieser Schlag über ein schon immer als Elendsgebiet bezeichnetes Land und über viele Familien gebracht hat. Ich zweifle nicht, daß der Reichstag bereit sein wird, bei dieser Hilfe mitzuwirken, und ich nehme an, daß Sie mich ermächtigen, Ihr tief-schmerzliches Mitleid den Angehörigen der Opfer zu übermitteln.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, sofort mit ausreichenden

Mitteln einzugreifen und die Hinterbliebenen und die Verletzten in ihrer schweren materiellen Not zu unterstützen.

Die Kommunisten beantragen, eine Million Mark bereitzustellen, die Regierungsparteien haben folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen: 1. mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen; 2. alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern; 3. für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen.

Ueber diese Anträge wird am Beginn der heutigen Reichstags-sitzung abgestimmt werden.

Trauerfundgebung im Reichsrat.

Die Vollsitzung des Reichsrats am Donnerstagabend wurde von dem Vorsitzenden mit folgender Ansprache eröffnet:

Wir alle stehen unter dem tieftraurigen Eindruck des schrecklichen Unglücks, das sich im Waldenburger Berglande ereignet hat. Eine große Anzahl schwerer Knappen hat den Tod erlitten in Ausübung ihres schweren Berufs. Das ist das schwerste Grubenunglück, das sich seit langen Jahren in Deutschland ereignet hat. Wir alle nehmen tiefsten Anteil an dem namenlosen Schmerz, der über zahlreiche Angehörige der Verunglückten gekommen ist, und ich stelle fest, daß der Reichsrat sich zu Ehren der Verstorbenen von den Pflichten erhoben hat.

Ägypten soll Republik werden?

Unabhängigkeitspartei gegen König Fuads Verfassungsbruch

Kairo, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die Lage in Ägypten ist außerordentlich gespannt. Von zuverlässiger Seite verlautet, daß der Wafd (Unabhängigkeitspartei) die vom König eingesetzte Regierung inzwischen zum Rücktritt aufgefordert hat und für den 21. Juli die Ausrufung der ägyptischen Republik plant. Zahlreiche Offiziere haben sich bereits für den Wafd erklärt. Verhandlungen mit dem Offizierskorps sollen noch im Gange sein.

Kommunisten-Abgeordnete verhaftet.

Finnische Reichstagsmehrheit billigt Verfassungsbruch.

Helsingfors, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Das Parlament hat den Anordnungen der Regierung zur Verhaftung der noch in Finnland befindlichen kommunistischen Reichstagsabgeordneten mit 105 gegen 58 Stimmen zugestimmt. Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen gegen die Regierung.

Militär verhaftet Kommunisten.

In der Stadt Kolla im östlichen Finnland wurden zahlreiche Kommunisten verhaftet, u. a. auch kommunistische Gemeinderäte. Da kommunistische Arbeiter sie verteidigen wollten, wurde aus Wiborg Militär zur Unterstützung der Polizei herangezogen. Das Militär ist am Mittwoch in Kolla eingetroffen. Auch nach Nordfinland wurden Militäreinheiten entsandt.

stritten und in vielen Berichten der Berufsgenossenschaften wird immer wieder betont, daß in vielen Fällen die Arbeiter durch Unachtsamkeit, Leichtsinn, Ungeschicklichkeit und Abstumpfung die Unfälle selbst verschuldeten. Das sind billige Ausreden. Zweifellos hat das unheimliche Arbeitstempo, das mit der Verschärfung der Rationalisierung in sämtlichen Betrieben Platz gegriffen hat, mit in erster Linie die Häufung der Unfälle verursacht. Nicht aus Leichtsinn werden die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen. Vielmehr treibt der bittere Zwang des Geldverdienens dazu, daß der Arbeiter mehr auf das Fortschreiten der Arbeit als auf die Innehaltung der Unfallvorschriften blicken muß.

Wie oft aber sind die schwersten Unfälle durch Nachlässigkeit der Unternehmer entstanden, die im Interesse eines scharfen Arbeitstempos die notwendigen Maßnahmen zur Unfallverhütung unterlassen haben. Man denkt noch mit Schauern und Empörung an die Brandkatastrophe in der Schönleinstraße, wo infolge grober Nachlässigkeit des Unternehmers junge Arbeiter und Arbeiterinnen den Tod fanden und 32 Arbeiterinnen schwerste Brandwunden erlitten. Erforderte nicht die Leichtsinnigkeit der Kaufmannen auch bei dem Bau des Kiefenkräftwerks Klingenberg zehn Todesopfer, bis endlich der Streik der Belegschaft die Unternehmer zur Verstärkung der Betriebssicherheit zwang. So wurden sogar in Berlin die notwendigen Sicherheitsvorschriften von den Unternehmern gröblich verletzt. Auch in Neurode scheint die Verwaltung ihre Pflicht außer acht gelassen zu haben, indem sie der rechtzeitigen Warnung eines Grubenbeamten keine Beachtung schenkte.

Vor kurzem prägte der gemessene Reichsbankpräsident Schacht bei einem Festmahl in Bremen das höhnende Wort, das deutsche Ideal sei der „Sozialrentner, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungssache einschließlich der Sterbekasse mitbekommt“. Man fühle sich nicht als Bürger des Staates, sondern man fühle sich als Wohlstandsempfänger eines fremden staatlichen Organismus, der irgendwo in der Luft schwebt.

Jetzt zeigt die Katastrophe von Neurode jedem, der Augen hat zu sehen, mit brutaler Deutlichkeit, wie der „Versorgungsschein“ aussieht, der dem Arbeiter in die Wiege gelegt wird! Was den Männern von der Geistesverfassung eines Schacht oder der führenden Volksparteiler als Hauptpolster und Rentenbrunnen erscheint, ist dem Arbeiter in seiner ständigen Lebensbedrohung nichts anderes als eine geringe Sicherung gegen die Gefahren seines Berufes.

Sollten nicht die Totenglocken von Neurode auch in den Hallen der Belegschaft widerklingen, wo man soeben im Begriff ist, die Krankenversicherung zu verschlechtern und den Arbeitslosenklub abzubauen? Sollte nicht die gewaltige Tragödie vom Wenzelsausbruch auch bei denen ein Erkennen wecken, die bisher in jedem Arbeiter nur ein Wesen erblickten, das nach der größten Fürsorgegrippe auslugt?

Für jeden, der nicht mit der stählernen Brille der Schwerindustrie durch diese Welt läuft, sollte der Ruf der Opfer aus dem schlesischen Gebirge nicht ungehört verhallen: Hände weg von der Sozialversicherung, die unseren Arbeits- und Leidenskameraden wenigstens ein kümmerliches Recht gewährt, wo die Pflicht zum Sterben in der Arbeit uns täglich vor Augen steht!

Wie kam es zur Katastrophe?

Eine Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat folgende Anfrage eingebracht:

Der furchtbare Kohlenäureausbruch auf dem Kuri-Schacht der Wenzelsaus-Grube in Neurode am 9. Juli d. J. wütete eine große Anzahl von Bergleuten. Zur Stunde muß angenommen werden, daß die Zahl der Toten weit über 100 beträgt. 44 Bergleute liegen unter Bergsturzerscheinungen im Krankenhaus. Aus der Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen ist ersichtlich, daß sich im niederschlesischen Steinkohlenbergbau im Jahre 1928 — 8 Kohlenäureausbrüche ereigneten, wovon 5 auf die Wenzelsaus-Grube entfielen. Die außerordentliche Kohlenäuregefahr im niederschlesischen Steinkohlenbergbau ist ja allgemein bekannt. Aus Anlaß eines früheren Kohlenäureausbruchs, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, wurde im Jahre 1921 durch den preussischen Minister für Handel und Gewerbe ein Ausschuss zur Erforschung der Kohlenäureausbrüche in Niederschlesien eingesetzt. Die umfassenden Forschungsergebnisse dieses Ausschusses wurden im Band 75 der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen (Jahrgang 1927) veröffentlicht. Dieser umfassenden Arbeit wurden Richtlinien zur Bekämpfung der Kohlenäuregefahr im niederschlesischen Steinkohlenbergbau aufgestellt, in welchen vorbeugende Maßnahmen und Maßnahmen zur Sicherung der Arbeiter für den Fall des Gasausbruchs vorgeschlagen werden. Des weiteren wurde von dem genannten Ausschuss ein Werkblatt für das Auftreten von Kohlenäure im Steinkohlenbergbau ausgearbeitet und zur Verteilung an die Belegschaftsangehörigen empfohlen.

Wir richten an das Preussische Staatsministerium die Frage: welche Folgerungen die zuständige Bergpolizei aus den genannten Untersuchungsergebnissen gezogen hat, ob insbesondere der vorgeschlagene Aufklärungsdienst in Wirksamkeit getreten ist, und ob die ausgearbeiteten Richtlinien in der Bergpolizeiverordnung und im genehmigungspflichtigen Betriebsplan ihren Niederschlag gefunden haben.

Wir stellen ferner die Frage, ob die für Kohlenäuregruben geltenden bergpolizeilichen Anordnungen laufend und restlos auf der Wenzelsaus-Grube beachtet worden sind und welche Erklärung für den entsetzlichen Umfang der Kohlenäureausbruchkatastrophe vom 9. Juli gegeben werden können.

Wir fragen ferner, ob das Staatsministerium zur restlosen Aufklärung der Ursachen der Katastrophe alle erdenklichen Maßnahmen getroffen hat und welche Ergebnisse die Untersuchung hatte. Schließlich fragen wir, ob und welche Maßnahmen getroffen werden können, um ähnliche Katastrophen für die Zukunft zu verhindern.

Die Reise des Reichspräsidenten ins befreite Gebiet beginnt am 18. Juli, abends. Der Reichspräsident wird auf dieser Reise von Staatssekretär Dr. Weizsäcker und Oberstleutnant von Hindenburg begleitet sein; als Vertreter der Reichsregierung wird Reichsminister Dr. Curtius an dieser Reise des Reichspräsidenten teilnehmen.

Das Kopierwerk der Reichstagsabgeordneten. Ein Unterschuß des Reichstages des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Kopierwerk der Reichstagsabgeordneten. Grundsätzlich stimmte der Unterschuß diesem Gedanken zu.

Einspruch gegen Amnestiegesetz.

Ein Beschluß des Reichsrats. — Der Reichstag muß noch einmal abstimmen.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossenen Amnestiegesetz. Die Ausschüsse des Reichsrats hatten jedoch auch die Frage geprüft, welche Mehrheit im Plenum des Reichsrats für die Erhebung des Einspruchs erforderlich ist. Uebereinstimmend herrschte in den Ausschüssen darüber, daß das Gesetz verfassungsändernden Charakter habe, und zwar weil das Recht der Begnadigung den Ländern und nicht dem Reich zustehe. Im vorliegenden Fall handelt es sich obendrein um eine Änderung eines Gesetzes, das bereits mit verfassungsändernder Mehrheit zustande gekommen war, das also auch nur mit der gleichen Mehrheit abgeändert werden kann. Die Meinungen gingen jedoch in den Ausschüssen darüber auseinander, welche Mehrheit im Reichsrat erforderlich sei. Nach der Reichsverfassung bedürfen Verfassungsänderungen auch im Reichsrat einer Zweidrittelmehrheit. Die Minderheit der Ausschüsse war der Auffassung, der Einspruch enthalte keine Verfassung der Zustimmung, sondern er bedeute lediglich ein Suspensivveto. Daraus folgte die Minderheit, daß einfache Mehrheit zur Erhebung des Einspruchs genüge. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Ausschüsse war jedoch mit der herrschenden wissenschaftlichen Meinung in der Staatsrechtsliteratur der Auffassung, daß die Nichterhebung des Einspruchs einer Zustimmung zu dem Gesetz gleichkommen würde, und daß daher eine Mehrheit von einem Drittel der Reichsratsstimmen zur Erhebung des Einspruchs genüge. Das Amnestiegesetz Einspruch einzulegen: Die preussische Regierungssekretär Weismann wiederholte im Reichsratsplenum den Antrag der Preussischen Staatsregierung, gegen das Amnestiegesetz Einspruch einzulegen. Die preussische Regierung befürchtet von einer Ausdehnung der Amnestie eine weitere Vermehrung der Elemente der Unruhe im Lande. Die Zahl der zu amnestierenden Personen ist zwar nicht groß, aber gerade diese Personen sind geeignet, auf zahlreiche andere anfeuernd zu wirken. Zum mindesten erscheint der preussischen Regierung der gegenwärtige Zeitpunkt für eine solche Maßnahme ungeeignet. Eine derartige weitgehende Amnestie paßt für Zeiten der Ruhe, aber nicht für Zeiten der Unruhe. Die preussische Regierung kam die Verantwortung für diese Amnestie nicht mitübernehmen.

Mit 50 gegen 9 Stimmen des Landes Thüringen und der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Posen-Westpreußen, Hannover, Westfalen und Rheinprovinz beschloß der Reichsrat, daß eine Mehrheit von einem Drittel für die Erhebung des Einspruchs genüge. Enthaltend hoben sich die sieben Stimmen der Länder Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und der Provinz Schleswig-Holstein.

Für die Erhebung des Einspruchs wurden 28 Stimmen abgegeben, dagegen 36 Stimmen. Der Einspruch wurde also mit mehr als einem Drittel der Stimmen beschloßen.

Für den Einspruch stimmten: Preußen, Baden, Hessen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt, Bismarck, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und die preussischen Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau.

Der Reichsrat stimmte ferner dem deutsch-türkischen Handelsvertrag und dem deutsch-norwegischen Abkommen über die Zollbehandlung von Randstaaten zu und genehmigte ferner eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Bitte, bitte, Herr Minister!

Wie Kommunist Torgler bei Minister Bredt bettelte.

Die kommunistische Reichstagsfraktion läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne gegen den beteiligten Minister ein Mißtrauensvotum einzubringen. In dieser jedes Sinnes und Verstandes entbehrenden Weise zeigt sie ihren Mannesstolz vor Ministerjesseln. Aber auch nur in dieser Weise. Wenn die kommunistischen Führer unbeobachtet sind, demütigen sie sich vor einem der von ihnen öffentlich so scharf bekämpften Minister in einer Form, die einem Menschen von Charakter die Schamröte ins Gesicht treibt.

Neuerdings werden Einzelheiten über die Verhandlungen bekannt, die die Kommunisten mit dem Justizminister Bredt über das Amnestiegesetz geführt haben; sie enthüllen eine bisher wohl von niemand für möglich gehaltene moralische Minderwertigkeit der Kommunisten. Der Rußhandel wurde von ihnen in der Weise eingeleitet, daß ihr Führer, Herr Torgler, bei Herrn Bredt erschien und ihn fragte, ob er geneigt sein würde, zugunsten eines verurteilten Kommunisten einen Gnadenakt des Reichspräsidenten herbeizuführen; damit würde seiner Fraktion die Zustimmung zum Amnestiegesetz erleichtert werden. Herr Bredt antwortete, er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß er zur Befürwortung einer Begnadigung im Einzelfalle nur bereit sei, wenn Herr Torgler sie erbittet. Was tat der grundgesetzliche Revolutionär Torgler? Er sagte: Ach bitte Sie, Herr Minister, den Mann begnadigen zu helfen, für den ich mich bei Ihnen verwendet habe. Herr Bredt wußte, was er den Kommunisten bieten durfte.

Erhöhung der Personentarife!

Ab 1. September. — Und im höchsten Maß unsozial.

Die Reichsregierung hat allen in der Öffentlichkeit erhobenen Vorstellungen zum Trost einer allgemeinen Erhöhung der Personentarife zugestimmt. Die härtesten Erhöhungen werden nach den offenbar heiligen Grundsätzen des Systems der Regierung Brünning auf die Massen abgewälzt; der Allometertarif für die Holzklasse wird von 3,7 auf 4 Pf., also um 8 Proz., die Arbeiterwochenkarten um zirka 10 Proz., die Monatskarten um 10 bis 15 Proz. erhöht. Die Streckenfahrpreise der Posterklassen sollen dagegen nur eine Erhöhung von 5,5 auf 5,8 Pf. pro Kilometer, also um nur zirka 3 Proz., erfahren. Der Preis der Bahnfahrkarte wird von 10 auf 20 Pfennig erhöht. Die Tarifserhöhungen treten ab 1. September in Kraft.

Wie unsozial diese neueste Tarifserhöhung konstruiert ist, geht daraus hervor, daß man die Posterklassen nur um 3 Prozent, die Holzklasse um 8 Prozent, die Wochen- und Zeitkarten um 10 bis 15 Prozent erhöht hat! Der Allometertarif für die frühere 4. Klasse betrug Ende 1924 3 Pfennig, ab 1. September wird er 4 Pfennig betragen, dagegen betrug der Allometertarif der 2. Klasse Ende 1924 6,6 Pfennig und wird ab 1. September 3,8 Pfennig betragen.

Aber ganz abgesehen von dem ausgesprochen unsozialen Charakter dieser Tarifserhöhung wird diese auch katastrophal wirk-

ungslos bleiben. Schon die letzte Personentarifserhöhung hat an Stelle der veranschlagten Mehreinnahme von 30 Millionen Mark einen Einnahmerückgang in Höhe von 35 Millionen Mark zur Folge gehabt. Ingesamt ist infolge der falschen Personentarifspolitik der Reichsbahn ein starker Rückgang des Reiseverkehrs eingetreten, der der Zahl der Reisenden nach unter Auszahlung des Stadt- und Vorortverkehrs etwa 10 Prozent gegenüber 1925 ausmacht.

Die jetzige Tarifserhöhung ist infolge der Einbeziehung der Wochen- und Zeitarten in ihrem Ausmaß noch größer als die im Oktober 1925 erfolgte. Der Arbeiter, der zur Fahrt nach seiner Arbeitsstelle die Reichsbahn benutzen muß, wird zwar der Verteuerung nicht ausweichen können. Sein Reallohn wird durch diese Maßnahme eine weitere Verkürzung erfahren; das reisende Publikum wird aber durch das weitere Ansteigen der Tarifschranke seine Reisen noch stärker einschränken müssen als es schon jetzt geschehen ist und so wird diese im höchsten Grade unsoziale Tarifserhöhung die erwartete Einnahmesteigerung nicht einmal bringen können.

Die Erhöhung der Personentaxe unter stärkster Belastung des Massenverkehrs in einer Zeit sinkender Einnahmen und stark verringerter Massenkraft verleiht sich würdig den bisherigen wirtschafts- und sozialpolitischen Taten der Regierung Brünning an.

Kampf um die Deckungsgesetze.

Schärfster Widerstand der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der durch die Deckungsvorlagen der Regierung, die Anträge der Regierungsparteien über die Einschränkung der Darlehnspflicht des Reiches bei der Arbeitslosenversicherung sowie Einführung der Kopfsteuer und der durch die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses geschaffenen Lage.

Es herrschte Uebereinstimmung, daß alle diese Maßnahmen, die die Lasten der Wirtschaftskrise fast ausschließlich den unteren Volksschichten aufbürden, den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie herausfordern. Die vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgenommenen Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie die Aufhebung der Darlehnspflicht des Reiches werden für die Stellung der Fraktion von entscheidender Bedeutung sein.

Die Demokraten wollen noch nicht.

Der demokratische Reichsparteivorstand hielt am Donnerstag im Reichstag eine Sitzung ab, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Reinhold über die politische Lage berichtete. Er stellte fest, daß die Deckungsvorlagen durch das Entgegenkommen an die Rechte in einer Weise verschlechtert worden seien, die der demokratischen Fraktion eine Zustimmung wahrscheinlich unmöglich machen werde. Die Demokraten wollten die unbedingt notwendige Sanierung der Gemeindefinanzen durch eine wohlweise zu verwendende Schanksteuer herbeiführen.

An der Aussprache beteiligten sich auch die preussischen Minister Dr. Höpker-Ushoff und Dr. Schreiber. Einmütig wurde

zum Ausdruck gebracht, daß eine Kopfsteuer aus sozialen und finanziellen Gesichtspunkten abzulehnen sei.

Der Vertreter der Fraktion im Steuerausschuss, Abgeordneter Dr. Fischer, kennzeichnete die Lage der Fraktion dahin, daß sie sowohl die Regierungsvorlage mit Bürgerabgabe als auch die Regierungsvorlage ohne Bürgerabgabe ablehnen werde. Sie sei unter Umständen bereit, die Vorlage anzunehmen, wenn sie mit einer Schanksteuer und einer subsidiären Bürgerabgabe verbunden werde.

Wie lange diese ablehnende Haltung der Demokraten vorhalten wird, ist eine andere Frage.

Separatismus ist Wurst!

Und Wurst ist gleich Separatismus. . .

In Wiesbaden veröffentlicht ein Wurstfabrikant, dessen Laden von angeblichen Separatistenbekämpfern geplündert worden ist, folgende Anzeige:

„Bereuung hat meinen Namen mit den Separatisten in Verbindung gebracht. Niemals habe ich zu den Separatisten gehört. Bei keiner Partei und bei keinem Verein bin ich Mitglied. Ich kenne nur von früh bis spät meine Arbeit. Verheißenes Volk hat meine Läden geplündert. 20 Angestellte hat man ihrer Arbeitsstätte beraubt und brotlos gemacht. 4 1/2 Jahre habe ich an der Front gestanden und als deutscher Mann für das Vaterland gekämpft. Ist das der Dank des Vaterlandes?“

Unsere Feststellung, daß der Kochfeldzug gegen Separatisten mit merkwürdiger Regelmäßigkeit solche Leute betroffen hat, bei denen etwas Handgreifliches zu holen war, erklärt eine weitere Bestätigung. Jedenfalls zeigt dieser Kochfeld, daß in der geräumten dritten Zone der Welt ein Wurstgeschäft viel gefährlicher ist und viel leichter die Zerstörungswut des patriotischen Volks auf den Besizer zieht als der Besitz einer separatistischen Gesinnung!

Reichshilfe und Angestellte.

Die Sozialdemokratie gegen die Heranziehung der Behördenangestellten.

Die Reichshilfe für die Personen des öffentlichen Dienstes sieht vor, daß auch die Behördenangestellten, soweit ihr Einkommen über 3285 M. jährlich ausmacht, abgabepflichtig sein sollen. Gegen diese Bestimmung, die auch diejenigen Angestellten im öffentlichen Dienst trifft, die keine gesicherte Existenz haben, sondern jederzeit mit Kündigung entlassen werden können, hat die Sozialdemokratie die stärksten Bedenken. Sie stellte deshalb am Donnerstag im Steuerauschuß des Reichstags den Antrag, daß nur diejenigen Angestellten beitragspflichtig sein sollen,

„die aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde gefährdet werden können und ebenso wie die Beamten Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben.“

Die Heranziehung der Angestellten mit kurzfristiger Kündigung soll dadurch unmöglich gemacht werden. Von den Demokraten wurde ein ähnlicher, nicht ganz so weitgehender Antrag eingereicht. Er bestimmt, daß diejenigen Behördenangestellten freizulassen sind, die der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.

Um beide Anträge entspann sich eine lebhafte Diskussion. Die Reichsregierung vertrot den Standpunkt, der Reichshilfeträger belaste diese Angestellten nur gering. Ihre Freilassung komplizierte die Einziehung der Reichshilfe und verurteile einen Einnahmefall von 7 bis 7½ Millionen. Sie erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß nur solche Angestellte herangezogen werden, die mindestens drei Jahre in Beschäftigung gestanden haben, statt ein Jahr, wie es jetzt im Gesetz vorgeesehen ist.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bekämpfte die Stellung der Regierung mit grundsätzlichen Erwägungen. Es handele sich nicht darum, im Einzelfall oder in vielen Einzelfällen Härten zu vermeiden, sondern darum, der Reichshilfe den Charakter der Heranziehung der wirklich für ihr ganzes Leben gesicherten Existenzen zu erhalten. Es gebe nur zwei Möglichkeiten. Entweder sei die absolute Sicherung der Existenz für die Heranziehung zur Reichshilfe entscheidend, und dann könnten nur die Beamten und Personen in beamtenähnlicher Funktion erfasst werden. Wollte man jedoch auch diejenigen heranziehen, deren Existenz nur gesicherter sei als die der Masse der Lohnarbeiter, dann sei nicht einzusehen, weshalb nur die Kündigungsangestellten des öffentlichen Dienstes und nicht auch die der Privatwirtschaft befaßt würden. Nachdem die Regierung das letztere fallen gelassen habe, müßte auch die Freilassung der Behördenangestellten erfolgen, wie es die Regierung von sich aus für die Herren Ausschüsse ohne weiteres getan habe. Der Einwand mit dem Ausfall sei lächerlich. Er könne ohne große Schwierigkeiten auf andere Weise gedeckt werden.

Nachdem Dr. Fischer (Dem.) sich der grundsätzlichen Stellungnahme von Dr. Herz angeschlossen hatte, wurde die Aussprache vertagt, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, weiteres Material vorzulegen und zu den grundsätzlichen Einwänden Stellung zu nehmen.

Zur Beratung der Reichshilfe im Steuerauschuß ist von der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Antrag eingegangen, der auch die Aufsichtsratsmitglieder zur Reichshilfe heranziehen will. Es soll damit der Ausfall gedeckt werden, der durch die Freilassung derjenigen Behördenangestellten entsteht, die in ihrer Stellung nicht so gesichert sind wie die Beamten.

Das Zeiger Tendenzurteil.

Bestätigung des Unrechts durch die Reichspresse.

Ein Rechtsblatt erregt sich über unsere Kritik an dem Urteil des Zeiger Schnellrichters gegen den französischen Schwimmer Cuvelier. Es ist ausgerechnet das gleiche Blatt, das seinerzeit die heftigsten Beschimpfungen gegen alle Gerichte ausgesprochen hat, die die Todesurteile gegen die Fremdmörder fällten, die in dem Vornis-Prozess jene für den Herrn Reichsanwalt wenig schmeichelhaften Feststellungen trafen usw. Auf einmal ist dieses Blatt zu der Ansicht gelangt, daß Kritik an der Justiz obrigkeitlich verhindert werden müsse.

Indessen muß selbst die Reichspresse in ihren Verhandlungsberichten unsere Kritik bestätigen. Die gewiß der Franzosenfreundschaft nicht verdächtige Hugenbergsche „Nachausgabe“ bringt als Drahtbericht ihres Sonderkorrespondenten aus Zeig folgende Sachdarstellung:

Einige Mitglieder der französischen Wasserballmannschaft verließen das Hotel und gingen durch die Straßen. In ihrer Gesellschaft befand sich ein junges Mädchen aus Zeig. Darüber waren einige junge Leute, von denen es nicht feststeht, ob sie Nationalsozialisten sind (steht durchaus fest! Red. d. B.), sehr erregt. Die Franzosen wurden von ihnen beschimpft, wußten aber kaum, aus welchem Grunde, da sie kein Deutsch verstanden.

Ein Zeiger Einwohner, ebenfalls ein Sportsmann, ärgerte sich darüber, daß die französischen Sportler angegriffen wurden. Er trat zwischen die Streitenden und versuchte, den Zwischenfall gütlich beizulegen. Die Franzosen, die die Absicht des Schlichters falsch ausdeuteten, glaubten sich von ihm ebenfalls bedroht.

Selbst diese stark zugunsten des Franzosen gefärbte Darstellung des deutschnationalen Blattes ergibt zweierlei positiv zu dessen Gunsten: erstens, daß die Franzosen von deutscher Seite zuerst angegriffen und beschimpft wurden; zweitens, daß Cuvelier, selbst wenn er der Messerstecher war, infolge seiner Sprachkenntnis den Vermittler irrtümlich für einen Mitangelegten gehalten hat, daß also auf Cuveliers Seite auch im allerungünstigsten Falle Tatirrtum über das Vorliegen von Notwehr, also straflose Puffelnotwehr vorgelegen hat. Das Tendenzurteil von Zeig kann also selbst von der Reichspresse nicht bemängelt werden!

Die Folgen des Urteils.

Paris, 10. Juli.

Außenminister Briand mußte heute in der außenpolitischen Kommission der Kammer auf zahlreiche Fragen der Kommissionsmitglieder antworten. Ein Abgeordneter fragte Briand, wie er sich zu dem Zwischenfall in Zeig stelle, wo ein französischer Schwimmer, der an dem Vorkampfs Deutschland-Frankreich am letzten Sonntag teilgenommen hatte, auf offener Straße von nationalsozialistischen Elementen angegriffen worden sei. Ein Pollant lei hört verletzt worden, und der Franzose solle der Täter sein. Briand versprach, die Angelegenheit persönlich in die Hand zu nehmen.

Der Rechtsauschuß des Reichstages beendete die zweite Lesung des Gesetzes über die Vereinfachung der Grundbücher und beschäftigte dabei im wesentlichen seine Beschlüsse erster Lesung. Das Gesetz wird nun in den nächsten Tagen im Reichstagsplenum zur zweiten Beratung kommen können.

Der Fuchs predigt den Tauben.



Moldenhauer: „Liebe Beamte, Fleischgenuß ist durchaus schädlich. Darum zahlt Kotopfer und lebt vegetarisch!“

Labour-Mandat behauptet.

Trotz widerer Schutzzollkampagne der Presselords.

London, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die von dem gesamten Lande mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte Wahlschlacht in Nord-Norfolk hat mit dem Siege der Arbeiterpartei geendet. Frau Bugton steht mit 179 Stimmen Mehrheit in das Unterhaus ein.

Das durch die Entsendung von Noel Buxton ins Oberhaus freigewordene Mandat ist der Labour Party mit 14821 Stimmen erhalten geblieben, 14642 Wähler musterte der konservative Gegenkandidat Cook. Bei den vorjährigen Wahlen war das Endergebnis: Arbeiterpartei (das heißt Noel Buxton, der inzwischen als Landwirtschaftsminister zum Lord ernannt wurde, damit aus dem Unterhaus automatisch ausschied und um das Mandat durch seine Frau kämpfen ließ) 14544 Stimmen, Konservative 12661 Stimmen, Liberale 3408 Stimmen. Der Stimmenzuwachs der beiden Parteien erklärt sich aus dem diesmaligen Verzicht der Liberalen auf eine eigene Kandidatur. Es zeigt sich aber, daß die Liberalen zum größten Teil für den konservativen Kandidaten eingetreten sind, was die Bedeutung des Sieges der Arbeiterpartei nur noch erhöht.

Die politischen Folgen des Wahlausganges sind nicht zu unterschätzen. „Freihandel oder Schutz Zoll“ war die Pa-

role, mit der die Parteien den Kampf geführt haben. Die Zeitungsförmer Beaverbrook und Rothermere selbst weichen seit vielen Tagen auf dem Kampfbah und zogen von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Mit einem Propagandaapparat (sondergleichen suchten sie gegen die den Freihandel vertretende Arbeiterpartei, Flugzeuge, Bankiermanifest und ein bisher kaum erlebter Zeitungsfeldzug für Lebensmittelzölle und für die Empire-Politik, sollten den Sieg sichern. Es galt ihm nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen alle und nicht zuletzt gegen jene Konservative zu erringen, die bisher die Forderungen Beaverbrooks und Rothermeres abgelehnt hatten. So laut war das Geschrei der Presselords, so sicher fühlten sie den Sieg in der Tasche, daß Baldwin kurz vor der Wahl umfiel und reumütig vor seinen Gegnern in der eigenen Partei zu Kreuze kroch. Mit neuen Finanzpläne hatten sich noch am Tage vor der Wahl dem bekannten Bankiermanifest angeschlossen. Die 14 ersten Unterzeichner bestützten noch einmal ihre Unterschrift, alles zu dem Zwecke, die Liberalen einzufangen. Bei dem größten Teil dieser bürgerlichen Toriescher Freihändler ist es gelungen. Dennoch ist die Arbeiterpartei gesiegt und die Wirkung ihres Erfolges in der Frage Freihandel oder Schutz Zoll dürfte nicht ausbleiben. Die Tories und die Konservativen haben eine große Niederlage erlitten.

Entspannung in Indien.

Erfolg der britischen Regierungserklärung.

London, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Zahlreiche indische Partei- und Fraktionsführer, darunter Jaganath, der Vorsitzende der nationalindischen Partei, Jinnah, der Führer der Unabhängigen, und Sethna, der Präsident der Liberalen, haben zu der Erklärung des Vizekönigs von Indien eine Erwiderung veröffentlicht, in der zunächst noch einmal festgesetzt wird, daß die Vorschläge der Simon-Kommission völlig unbefriedigend für alle indischen Parteien seien und deshalb die tiefste Enttäuschung in ganz Indien ausgelöst hätten. „Wir sind“ — so heißt es in der Kundgebung weiter — „deshalb erleichtert durch die Rede des Vizekönigs, daß die Vorschläge der Simon-Kommission weder die Basis für die notwendigen und unumkehrbaren Reformen sind noch das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Sämtliche indischen Parteien sind für die Errichtung des Dominion-Status verpflichtet und keine Partei wird sich deshalb an die Beschlüsse der kommenden englisch-indischen Konferenz gebunden fühlen, wenn diese nicht die erwarteten Ergebnisse bringt. Nichts kann deshalb durch die Teilnahme an der englisch-indischen Konferenz verlorengehen. Keine Überzeugung der indischen Parteien braucht ausgegeben zu werden.“

Die Erklärung bedeutet einen ersten großen Erfolg, den die Kundgebung der Arbeiterregierung in Indien ausgelöst hat. Zwar steht unter der Entschließung der indischen Parteiführer die Unterschrift der größten indischen Partei, die der Swaradschisten. Daß jedoch hervorragende indische Führer, wie Jaganath, Jinnah und Sethna und andere bereit sind, an der anglo-indischen Konferenz teilzunehmen, läßt auf eine beidseitige Entspannung der Lage hinaus. Die Vorschläge der Simon-Kommission hatten in Indien derart abstoßend gewirkt, daß es von den Unterzeichnern der neuen Erklärung energisch abgelehnt wurde, an der Londoner Konferenz teilzunehmen.

Lardieus Bluff entlarvt.

Überstürzte Parlamentserien mit unerledigten Vorlagen.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Lardieu hat es mit der Angst bekommen: um sich dem Lande und seiner reaktionären Mehrheit zu erhalten, hat er mit der vielköpfigen Schar seiner Mitarbeiter beschlossen, das Parlament spätestens am Sonnabend in die Ferien zu schicken. Die Flucht ins Freie vollzieht sich dabei nicht ohne Hinterlassung zahlreicher Defekte.

Das Milliardenprojekt zur Hebung von Landwirtschaft, Handel und Industrie, das zu Ostern schon einmal auf der Strecke geblieben ist, wird ein zweites Mal bis in den Spätherbst vertagt. Die Petroleumkonvention ist wiederum ins Wasser gefallen, da der alte Konzeptionsvertrag mit einer

französischen Privatgesellschaft am 31. Juli abläuft und nicht wieder erneuert wird. Der Milliardenkredit für die Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die Kottontariffreimachung und einige kleinere Vorlagen sollen bis Sonnabend noch schnell unter Dach und Fach gebracht werden. Auch die Interpellation der Radikalen über die Finanzkrise in den Kommunal- und Provinzverwaltungen und die der Sozialisten über den Poststreik sollen am Freitag noch zur Diskussion gestellt werden.

So endet die Sommerregierung ebensolch mit einem riesenhafte Flakso für die „Regierung der Prosperität und der Realpolitik“. Der Sozialistenführer Léon Blum hatte alle vorher auf seiner Seite, als er Herrn Lardieu am Donnerstag in der Kammer zu verstehen gab, daß seine Politik nichts weiter sei als ein leerer Bluff. Natürlich rief diese harte, aber gerechte Kritik wilde Zwischenrufe hervor und Lardieu selbst betonte gereizt, daß er immer noch die Kammer bis zum 7. August oder noch länger nachsitzen lassen könne. Um den unbehaglichen sozialistischen Kritiker zum Schweigen zu bringen, entblödete sich der reaktionäre Abgeordnete Gaumez nicht, das von dem Parfümfabrikanten Coty ausgehende Märchen zu wiederholen, daß Léon Blum im Angestelltenverhältnis zu der Petroleumgesellschaft St. Gohain stehe. Er rief damit gewaltige Entrüstungen hervor. Herriot protestierte aufs entschiedenste, daß man derart die Ehre eines Parlamentarier beschmutzen könne, so daß sich der Angreifer schließlich zu einer Entschuldigung genötigt sah.

Razimörder verurteilt.

Die Bluttat von Fürstenwalde vor Gericht.

Frankfurt a. d. O., 10. Juli. (Eigenbericht.)

Vor dem Schöffengericht in Fürstenwalde hatten sich heute sieben Nationalsozialisten zu verantworten, die an der Erstechung des Kommunisten Jopp vor einigen Wochen beteiligt waren. Die beiden Haupttäter wurden wegen schwerer Körperverletzung in Tateinheit mit Raubhandel zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen fünf Angeklagten erhielten Strafen von einem halben bis ein Jahr Gefängnis. Die Rädelsführer wurden sofort in Haft genommen, da das Gericht sie ihrer politischen Verbindungen wegen für fluchtverdächtig hielt. Der ermordete Jopp, der der Rüstfabrik der KPD angehörte und selbst von dem Polizeikommissar als ein friedliebender Mensch geschildert wurde, hinterläßt eine Witwe mit fünf unmündigen Kindern.

Neue Fraktion im Sächsischen Landtag. In der Besprechung der bürgerlichen Parteien am Donnerstag gaben die beiden Abgeordneten der Volksrechtspartei bekannt, daß sie sich mit den zwei Abgeordneten des christlich-sozialen Volksdienstes zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben.

In die Staffa-Partei aufgenommen wurde der ehemalige Kriegsminister der preussischen Regierung und Mitarbeiter Kerenskijs, General Borchowski, der bedeutende politische Stellungen in der Roten Armee und im roten Generalstab bekleidet hat.

Brotgesetz angenommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmt dagegen.

Der Reichstag beriet nach der Trauerfundgebung für Waldenburg

Anträge des Geschäftsordnungsausschusses betr. die Immunität einiger Abgeordneten.

Abg. Vies (Komm.) wendet sich gegen die beantragte Auslieferung seines Fraktionsgenossen Maslowki. Dieser soll als verantwortlicher Leiter der „Ja“-Ausstellung am Potsdamer Platz in Berlin wegen einiger Bilder von George Grosz, die religiöse Gefühle anderer verletzten, vor Gericht kommen, ebenso der Abg. Schaeffler wegen eines Artikels der „Roten Fahne“ gegen den Papst.

Abg. Dr. Gof (Dnat.) bekämpft den Auslieferungsantrag auf Auslieferung des Abg. Graf Westarp wegen Beleidigung der Minister Braun, Grzesinski und Severing anlässlich ihrer Verfügungen gegen die Beteiligung von Beamten am Hugenbergschen Volksbegehren, was rein politisch und nicht eine Schimpferei gewesen sei.

Die Auslieferung des Abg. Maslowki wird im Hammelsprung mit 151 Stimmen der Regierungsparteien gegen 101 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten beschlossen; 51 sozialdemokratische Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sind dem Hammelsprung ferngeblieben. Die Auslieferung des Abg. Dr. Feder (Nat.-Soz.) wird beschlossen.

für den Auslieferungsantrag gegen den Abg. Graf Westarp erhebt sich kein einziger Abgeordneter!

Eine Beschwerde des Abg. Ulbricht (Komm.) wegen Zwangsvorführung zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts wird abgelehnt, jedoch eine Entschließung des Ausschusses gegen derartige Vorführungen ohne Genehmigung des Reichstags angenommen. Schließlich wird auch noch Abg. Schaeffler ausgeliefert.

Vor der

Schlussabstimmung über das Brotgesetz

verliest Abg. Simon-Schwaben (Soz.) folgende Erklärung: Die sozialdemokratische Fraktion war entschlossen, diesem Roggenbrotgesetz ihre Zustimmung zu geben. Durch die Streichung des Verkaufs nach Gewicht auf Grund des gestern abgelehnten § 4 ist das nun unmöglich gemacht worden. Nur solche Gewichtsvorschriften ermöglichen eine Kontrolle der Preispanne sowohl wie des Preises für Brot.

Wie notwendig eine solche Kontrolle ist, und wie sehr die Konsumenten mangels einer Kontrolle geschädigt werden, beweisen die Tatsachen.

Von Mai bis August 1928 fiel der Roggenpreis um 20 Proz., der Mehlpreis um 19 Proz., der Brotpreis blieb unverändert. Im Jahre 1929 daselbe Bild: vom Januar bis Mai sinkt der Roggenpreis um 4,9 Proz., der Mehlpreis um 2,5 Proz., der Brotpreis bleibt stabil.

Wir stellen fest, daß die angeblichen Vertreter agrarischer Interessen, die Deutschnationalen, bereit sind, diese Interessen preiszugeben zugunsten der Bäckermeisterinteressen. Der Führer der Wirtschaftspartei, Herr Dremig, hat sich hierüber in der zweiten Lesung des Gesetzes ganz eindeutig geäußert. Er sagte, zur Landwirtschaft gewandt: „... aber wenn Ihnen ernstlich daran liegt, daß wirklich der Landwirtschaft geholfen wird, dann dürfen Sie die Bäckermeister nicht als Widersacher haben, sondern Sie müssen sie zu Freunden haben.“ Und fortsetzend wendete er sich an die Sozialdemokratie: „So wenig Sie sich vorsehen lassen, was Sie für Ihre Arbeitsträger tun, genau so wollen wir freie Meinen bleiben und wollen nicht mit Juchhausparagrafen belastet werden. Wir werden das Gesetz ablehnen, wenn unser Streikungsantrag nicht angenommen wird.“

In dieser Zeit, in der allgemein von Preisabbau und Preiskontrollen geredet, in der den Arbeitnehmern Lohnabbau zugemutet wird, mit der Behauptung, daß dies durch einen Abbau der Preise und der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden solle, wird

die Preiskontrolle auf dem wichtigsten Gebiete der Volksernährung

ausdrücklich abgelehnt. Der Brotpreis wird sich solange dem Getreidepreis nicht anpassen, als die Niedrighaltung der Preispanne vereitelt wird und durch Fehlen der Möglichkeit einer Preiskontrolle der Verbraucher wie bisher, so auch in Zukunft, bewußt im unklaren gehalten wird über das, was er kauft, weil verändertes Gewicht niemals so sinnfällig in Erscheinung tritt, wie der veränderte Preis.

Nach der gestrigen Abstimmung zum § 4 kann der Arbeiter-schaft ebensowenig wie der öffentlichen Meinung noch länger zugemutet werden, zu glauben, daß die jetzigen Regierungsparteien mit einer Senkung der Lebenshaltungskosten wirklich Ernst machen wollen.

Ohne die Preiskontrolle im Brotgesetz ist dieses Gesetz nur noch Instrument zur Schröpfung der Konsumenten zugunsten der Bäckermeister.

Deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab und beantragen, die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen.

Das geschieht: Das veränderte Brotgesetz wird mit 212 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 198 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, bei 11 Enthaltungen, verabschiedet.

Nach der Erklärung Simons hatten die Kommunisten sofortige Verhandlung der Anträge zum Unklare von Neurode verlangt. Dies war abgelehnt worden. Rummehr beantragt der Zentrumsabgeordnete Dr. Perlitius, diese beiden Anträge zusammen mit noch bevorstehenden Anträgen weiterer Parteien am Freitag zu beraten. Dies wird gegen die Stimmen und unter Beifall der Kommunisten beschlossen.

Am 16 Uhr vertagt sich das Haus auf heute 15 Uhr zur Beratung dieser Anträge, verschiedener Wirtschaftsverträge mit dem Ausland, der Besetzung über den Reichswirtschaftsrat. — Ein Antrag Dr. Herzog (Dnat.), auch die Diktate auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Razitrag im Bayerischen Landtag.

Entrüstungsturm gegen die Hakenkreuzrowdys.

München, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Im Bayerischen Landtag kam es am Donnerstag durch das räpelhafte Benehmen der Hakenkreuzler wieder einmal zu Radauszenen.

Ein bayerischer Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei brandmarkte die Radautät der Nationalsozialisten in ihren Versammlungen und erzählte einen Zwischenfall, wo Diskussionsredner, denen man vorher freie Aussprache zugesichert hatte, darunter ein Vater von zehn Kindern, von den Hitler-Beuten vom Podium herabgerissen, durch den Saal geschleift, blutig geschlagen und schließlich auf die Straße geworfen wurden. Diese Mitteilung rief bei allen Parteien einen Sturm der Entrüstung gegen die nationalsozialistischen Rowdys hervor. Es kam zu einem allgemeinen Tumult, an dem sich auch Tribünenbesucher beteiligten. Nur mit großer Mühe gelang es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.

Der Innenminister, den die Hakenkreuzler in der gleichen Sitzung wegen des Uniformverbots mit beleidigenden Ausmerkungen herausgefordert hatten, fertigte die Burchen mit einer Rede ab, wie sie bisher im Bayerischen Landtag von der Ministerbank noch nicht gehört worden war. Er schloß seine Zurechtweisung mit den Worten: „Ich stehe auf einem einfachen und klaren Standpunkt. Ich könnte ihn in einem einfachen Satz feststellen, ich will es aber nicht aussprechen, Sie können es sich selbst denken.“ Stürmische Bravo-Rufe im ganzen Hause zeigten, daß die Bedeutung des Satz von Verlichungen allgemein verstanden und gebilligt wurde. Angesichts dieser Stimmung getrauten sich die Nationalsozialisten nicht mehr vor. Sie verhielten sich mäusehinstill!

Steuernachlässe beim Großbesitz.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

In den letzten Monaten häufen sich die Nachrichten, daß großen Unternehmungen und wohlhabenden Steuerpflichtigen in wachsendem Maße Steuererlässe gewährt werden, die bei Anlegung der gleichen strengen Maßstäbe, wie sie für die Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der kleinen selbständigen Einkommen maßgebend sind, nicht zugebilligt werden dürften. Ist die Regierung bereit,

1. Auskunft darüber zu geben, nach welchen Grundätzen die Stundungen und Niederschlagungen bei großen Unternehmungen und wohlhabenden Steuerpflichtigen ausgesprochen werden,
2. endlich dem Reichstag die seit Jahren verlangte Statistik der niedergeschlagenen und erlassenen Steuerbeträge laufend vorzulegen?

Zusammentritt des Sächsischen Landtags

Sozialdemokratischer Landtagspräsident. — Am 15. Juli Wahl des Ministerpräsidenten.

Dresden, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag wählte am Donnerstag mit 37 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Volksnationalen den sozialdemokratischen Abgeordneten Beckel zu seinem Präsidenten. Die bürgerlichen Parteien gaben weiße Zettel ab, die Kommunisten stimmten für ihren eigenen Kandidaten.

Als Beckel gewählt war, erklärten die Nationalsozialisten, daß ihre Fraktion nicht beabsichtigte, mit einem Sozialdemokraten zusammen im Präsidium des Landtags vertreten zu sein. Als erster Vizepräsident wurde daraufhin der deutschnationale Abgeordnete Eckardt und als zweiter Vizepräsident der Volksparteiler Heemann gewählt. Die Sozialdemokratie enthielt sich bei der Wahl des Vizepräsidenten, die mit 51 Stimmen der bürgerlichen Parteien erfolgte, der Stimme. Der kommunistische Kandidat für die Vizepräsidentenschaft vereinigte 13 Stimmen der Kommunisten auf sich.

Im Anschluß an die Präsidentenwahl legte Ministerpräsident Schickel sein Amt mit folgender Erklärung nieder: „Aus den Erfahrungen der letzten Woche heraus halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Wohl des Landes erfordert, die geschäftsführende Regierung möglichst bald durch eine Regierung abzulösen, die sich bei ihren Entschlüssen auf eine feste Mehrheit des Landtags stützen kann. Eine der dringendsten Aufgaben des Landtags ist die Verabschiedung des Etats. Nachdem der vorige Landtag seine Beratung mit einer geschäftsführenden Regierung abgelehnt hat, vermöge die jetzige Regierung seine Wiedereinbringung nicht ohne weiteres als ihre Aufgabe anzusehen. Um aber keine Zeit zu verlieren, die in Sachsen festliegende Arbeitslosigkeit zu mildern, wird dem Parlament unverzüglich eine Vorlage zugehen, in der die in dem Haushaltsplanentwurf vorgesehenen oder noch vorzusehenden Positionen zusammengefaßt sind, von denen eine Belebung der Wirtschaft und eine günstige Beeinflussung des Arbeitsmarktes erwartet werden können.“

Die nächste Sitzung des Landtags findet am Dienstag, dem 15. Juli statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Kitzinger; Gewerkschaftsberichterstattung: J. Steiner; Redaktion: R. S. Böhm; Grafische und Schriftliche: Erik Kersch; Anzeigen: H. Grotz; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Stern 2 Beilagen und „Stadtblätter“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sonntag, Montag, Dienstag vorbehalten. Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugestellt.

Frisches Fleisch

Lieser 0.58	Gulasch 0.95	Kalbskeule ganz u. geteilt 0.29 Pfund, Pfd. 0.98
Rückenfett Pfund 0.68	Kalbschnitzel . Pfund 2.20	Kalbsschnitzel . Pfund 2.20
Gehacktes Pfund 0.78	Hammelvorderfl. mit Pf. 1.08	Hammelvorderfl. mit Pf. 1.08
Suppenfleisch . Pfund 0.78	Schweinerücken mit Big. 1.04	Schweinerücken mit Big. 1.04
Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.88	Schweineschinken mit Ballage, Pfund 1.08	Schweineschinken mit Ballage, Pfund 1.08
Schmorfleisch 1.10	Kahler mild gesalzen, Pfd. 1.28	Kahler mild gesalzen, Pfd. 1.28
Roastbeef mit Knochen, Pfd. 1.10	Bratwurst Spezialität, Pfd. 1.18	Bratwurst Spezialität, Pfd. 1.18
Kalbskamm u. Brust Pfd. 0.82	Prima Getrieberfleisch u. Brust Pfund 0.84	Prima Getrieberfleisch u. Brust Pfund 0.84
Kalbsnierebrat. Pfd. 0.88	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.84	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.84

Konserven

Leipziger Allerlei 0.80	mittelfein . . . 1.10
Brech- u. Schnittbohnen 0.58	
Sellerie 1.05	Erbsen fein . . . 1.20
Pflaumen 0.55	ohne Stein 0.75
Pfirsiche kalifornische 1.35	
Norw. Heringe in Tomat. 0.68	Brieslinge 0.54
Corned Beef 0.95	Würstchen 5 Paar 0.90
Franz. Olivenöl 1/2 Ltr.-D. 1.20	1/2 Ltr.-D. 2.40
Konfitüre Elmar Pflaumen 0.90	Kirsch, Himb. 1.35
Aprikos., Orange, Johannisz. 1.15	Vierfrucht 0.85

Wein

Apfelsaft 0.75	
1929 Oberhaardter 0.73	
1928 Siefersheimer Sandberg Rheinhesse 1.00	
1929 Liebfraumilch Goldkapsel 1.20	
1928 Niersteiner 1.30	
1928 Bruttiger Rathausberg Mosel . . 1.30	
1926 Rüdeshelmer 1.80	
1927 Piesporter Goldtröpfchen . . 1.80	
Himbeer-, Kirsch-, Zitronen-Sirup 1.40	
1929 Malkammerer vom Faß Liter 0.85	
Johannisbeerwein vom Faß Liter 0.85	

Wein vom Faß zu billigen Preisen

Gebrannter Kaffee

Konsum-) Sorte II 2.10	Sonder-Misch. Pfd. 3.20
Mischung) Sorte I 2.40	Olympia-Misch. 3.40
Haushalt-Misch. Pfd. 2.80	Globus-Misch. Pfd. 3.80

Geflügel u. Wild

Hühner frisch geschlachtet, Pfund von 1.05 an	Enten frisch geschlachtet, Pfund von 1.25 an
Brathähnchen Junge Stück 1.15 an	Ragout . . . Pfund von 0.28 an

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund von 0.48 an	Seelachs, Rotbars Pfd. 0.38
Seeaal Pfund 0.55	Aale Pfd. 2.90 an, Bund 0.30 an
Matjes-Heringe 2 Stk. 0.25	

Fische

Kabeljau ohne Kopf, ohne Pf. 0.12 an	Seelachs ohne Kopf, ohne Pf. 0.15 an
Kabeljau-Filet Pfund von 0.26 an	Lebende Aale Pfund von 1.10 an
Leb. Krebse Pfund von 0.75 an	

Hühner

gefroren Pfund von 78 Pf. an

Rehblätter

Pfund von 96 Pf. an

Zitronen-Gärungsgetränk

Boo-Lin Verkauf und Ausschank

Obst, Gemüse

Stachelbeeren Pfund 0.10	Johannisbeer. 2 Pfund 0.35
Ital. Pflaumen . Pfund 0.30	Schaffensmorellen Pfd. 0.32
Blaubeeren . . . Pfund 0.35	Tafeläpfel . . . Pfund 0.42
Zitronen Dutzend von 0.60 an	Pfirsiche . . Pfund 0.38 0.48
Bananen 2 Pfund 0.85	Tomaten Pfund 0.18
Wirsing- u. Weißkohl 0.08	Rotkohl Pfund 0.10
Junge Karotten Pfund 0.10	Gurken Stück von 0.12 an

Kolonialwaren

Bassin-Reis . . . Pfund 0.26	Amerikan. Reis . Pfund 0.34
Reisgrieß Pfund 0.28	Tapioka Pfund 0.42
Makkaroni . . . Pfund 0.44	Makkaroni . . . Pfund 0.50
Schnitt-Nudeln 0.50	Pflaumen . . . Pfund 0.54
Backobst gemischt Pfund 0.58	Ringäpfel . . . Pfund 0.74
Aprikosen . . . Pfund 0.82	Rote Grütze . . Pfund 0.68
Vanille- auc.-Puiv. 0.74	Krachmandel-Pudd. 1.10

Wurstwaren

Dampf- u. Rotwurst 0.96	Landleber u. Fleischwurst 1.15
Jagd- u. Meffwurst (Br. Art) 1.40	Filetwurst u. Schinken-polinische, Pfd. 1.65
Leberw. Landmettw., Pfd. 1.70	Zervelat u.alami Pfd. 1.70
Große Teewurst Pfund 1.90	Schinkenspeck Pfund 1.90
Speck 1st 0.95	mager Pfund 1.30
Nußschinken ca. 2 Pfd. Pfund 2.10	
Süzwurst . . . Pfund 0.55	Speckwurst . . . Pfund 0.85
Berlin. Meffwurst Pfd. 1.20	

Käse u. Fett

Ramadou 2 Stück 0.25	Camembert vollfett, Schachtel 0.30
Briekäse Pfund 0.58	Harzerkäse . . . ca. 3 Pfund Inhalt . . . Kiste 0.60
Limburger 0.38	vollf. Pfd. 0.78
Tilsiter vollfett, Pfd. von 0.78 an	Dän. Schweizer vollfett . . . 0.80
Steinbischer vollfett . . . 0.80	Schweizer bayr., vollfett Pfund von 1.38
Margarine Pfund 0.50 0.58	Kokosfett 1 Pfd.-Tafel 0.50
Molkereibutter Pfund 1.56	Tafelbutter . . . Pfund 1.66
Dän. Butter . . . Pfund 1.76	

92 Grubenopfer geborgen.

70 noch eingeschlossen. — Man hofft sie in der Nacht zu bergen.

Neurode, 10. Juli.

Im Laufe des Donnerstagnachmittags gelang es noch elf Bergleute der Abteilung 17 aus dem Aurt-Schacht zu bergen. Wie jetzt amtlich festgestellt wird, waren bei dem Kohlenäureeinbruch nicht, wie ursprünglich angegeben, 193, sondern 211 Bergleute im Schacht. Die Gesamtzahl der geborgenen Toten soll bis jetzt 92, die der noch eingeschlossenen 70 betragen.

Im Laufe des Nachmittags gelang es endlich, eine der Wettertüren zu öffnen. Hinter der fünf Tote gefunden wurden. Durch eine zweite Rettungsaktion konnten noch sechs Tote geborgen werden. Obwohl es der eifrigen ununterbrochenen Arbeit der Rettungsmannschaften gelungen ist, weiter vorzubringen, ist doch noch nicht der Strebs, der eigentliche Stolleneingang erreicht, da immer noch die Gase das weitere Vordringen verhindern. Im Laufe des Donnerstags ist der Oberpräsident von Niederschlesien, Lüdemann, an der Unglücksstelle eingetroffen.

Die Suche nach den Toten.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags gelang es, die Lüftung im Aurt-Schacht etwas zu bessern. Zwei Trupps Rettungsmannschaften drangen soweit vor, daß sie Tote erkennen konnten. Die Arbeiten mit den Sauerstoffapparaten waren aber so anstrengend, daß die Kräfte zur Bergung nicht ausreichten; die Rettungsmannschaften mußten daher unweiliger Tote wieder zurückziehen. Da auch anzunehmen ist, daß verschleppte Tote unter den eingestürzten Stollen liegen, ist noch nicht abzusehen, wann deren Bergung möglich sein wird. Aus Bad Charlottenbann sind mehrere Sanitätskolonnen zur Ablösung herbeigeleitet, ebenso neue Rettungsmannschaften mit den modernsten Sauerstoffapparaten.

Im Knappschafslazarett in Neurode bemühen sich sechs Ärzte und zahlreiche Pfleger und Pflegerinnen um die Verwundeten. Einige der Verletzten sind bereits vernunftlos, können aber nichts wesentlich Neues über die Katastrophe berichten. Da die meisten bewußlos eingeliefert wurden und erst jetzt wieder zu sich kommen, wissen sie noch gar nicht, wie viele ihrer Kameraden dem Unglück zum Opfer gefallen sind.

Man hofft, daß es möglich sein wird, im Laufe der kommenden Nacht noch die letzten Toten zu bergen. Die Stollenwollschicht hat inzwischen die Leichen freigegeben. Sonnabend früh 9 Uhr soll im Jadenhaule Wille eine Trauerfeier stattfinden. Die Leichen fallen dann in der Nacht zum Sonntag auf den neuen katholischen Friedhof in Hausdorf übergeführt und dort am Sonntag in Massengräbern beigesetzt werden.

Massenlod — Masseneleud.

Neurode, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Das Neuroder Revier, der Ort der furchterlichen Bergbaukatastrophe, ist seit langem eine Stätte des Glends. Seine Kohlenruben haben die schlechtesten Abbauverhältnisse. Durch das vorgelagerte Eulengebirge wird das Gebiet völlig abgeriegelt und hat nur umständliche Verbindung mit den Wirtschaftsbereichen, die Abzweiggebiet sein können und sein müssen. Die drückende Lage der Bevölkerung äußert sich vor allem in den Löhnen, die selbst bei fleißigster Arbeit kaum höher als 100 Mark im Monat sind, hunger und Entbehrung aber haben die Menschen düßsam und stumpfsinnig gemacht.

Die furchtbarste Gefahr der hiesigen Ruben ist die Kohlenäure. Wenn die Kohlenäure ausbricht, dann beginnt für die Bergleute ein rasender Wettlauf mit dem Tode. Wer sich durch einen glücklichen Zufall hinauf- oder hinunterretten kann, kommt vielleicht mit dem Leben davon, wenn ihn auch monatelange Krankheit quält. Wo aber durch den Bruch jeder Ausweg versperrt wird, zertrübt und verbrennt das tödliche Gas die Lungen. Schwer nach Atem ringend werden die Lebenden geborgen; blau und mit Kohlenstaub zerfressenen Gesichtern schleppt man die Toten herauf, die Oberkörper erstarrt, wie sie der schleichende Tod vor Ort überlassen hat.

Je näher man zu der Unglücksgrube in Hausdorf kommt, desto mehr bellt sich ein banger und klagender Menschenhaufen zusammen: Weinende Frauen, denen das ungewisse Schicksal des Mannes oder Sohnes dort unten noch das Herz in schwacher Hoffnung schlagen läßt. In harter Arbeit versuchen die Rettungskolonnen unterdessen zu bergen und zu retten, wer zu retten ist. Immer wieder werden ächzende, halb bewußtlose Arbeiter geborgen — in heftigen Auf und Nieder ringt ihre Brust um das künftige Leben. Menschen werden die Oberkörper steif, während man sich müht, ihn künstlich frische Luft zuzuführen. Man spürt einen Schrecken und geht leise beiseite. Von Stunde zu Stunde wächst die Zahl der Toten, droht für Hunderte von Familien das Glend größer zu werden. Die Tragödie, deren ganzes Ausmaß kaum zu ermessen ist, bringt die Tragik des Bergmannsberufes wieder vor aller Augen und schreit die Not des niederschlesischen Bergbaureviers hellend in alle Ohren: Wo solche Gefahren lauern, wo Menschen jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzen, da sollte es lohnen, die Tätigkeit geben, da sollte mit largem Groschen kein Kumpel am Wochenende nach Hause gehen müssen. Wenn die Sinnlosigkeit unserer Wirtschaftsordnung eines Beweises bedürft hätte, hier wäre er geliefert.

Heber 90 Todesopfer sind seit Donnerstags nachmittag bekannt. 70 sind eingeschlossen und werden verloren gegeben. 49 liegen auf dem Krankenbett.

In Wille werden weiterhin Stunde um Stunde vom Schacht zum Verwundetengebäude Bohren getrieben. Eine Kolonne schlägt, was

einmal Leben vor und geht mit dem offenen Munde, der nach Atem rang, und mit kohlenstaubverfärbtem Gesicht tot ins Arztkammer gebracht wird. Dort steht ein junger Arzt, selbst so erschüttert, daß man glaubt, er müsse jeden Augenblick weinen. Er hebt das geschlossene Augenlid dessen auf der Bahre: ein gebrochener Blick zeigt sich, kurzes Stöhnen auf der Brust und immer wieder deutet eine müde Gebärde der Hand an, daß es wieder einen Toten herauszuschaffen gilt. Auto auf Auto fährt tote Menschenfracht zur Stadt, wo sich die Ersticken im Knappschafslazarett häufen. Und immer wieder Schreie. Da hat eine Frau ihren toten Mann auf dem Transportauto gesehen, da weilt eine Mutter, daß sie drei Söhne mit einem Schlag verloren hat; da fragt eine Frau, wo ihr Gatte aus der 17. Abteilung sei, und man traut sich nicht ihr zu sagen, daß gerade diese Abteilung eingeschlossen und wahrscheinlich verloren ist; denn mit der Kohlenäure gibt es keinen Wettlauf.

Hungerbergbau.

Grubenfelder, die sich schlecht rentieren und deren Abbau nur bei Hungerlöhnen durchgeführt werden kann, sollten geschlossen werden. Grubenfelder, die fast nur Leihensfelder sind, sind kein Gewinn, sondern ein Verlust für Wirtschaft und Volk.

Der niederschlesische Hungerbergbau wie die niederschlesische Hungerweberei sind eine Anklage gegen unsere Wirtschaft und ein Kränkungszeugnis für unsere Wirtschaftsführung. Seit Jahren kommen immer wieder aus dem niederschlesischen Kohlenstangebiet um Waldenburg, Neurode, Reichendach, Langenbielow, Peterzowbau usw. die Notrufe einer Bevölkerung, bei denen Frau Sorge ständiger Gast ist. Die Arbeit in der Weberei wie im Bergbau wird hundsmiserabel bezahlt, vielfach ist aber auch für schlechtesten Lohn kaum Arbeit zu bekommen. Unterernährung und Tuberkulose sind an der Tagesordnung. Während die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich 9,7 beträgt, ist sie in Niederschlesien auf 11,4 gestiegen. Unfassbar traurig ist das Wohnungsleben. Die Schulkinder kommen massenweise ohne oder mit einem nur sehr torgen Frühstück zur Schule. Mit einem Wort: wir haben

es dort unten in Niederschlesien mit einem Unglücksgebiet zu tun, das durch rigorose Grenzziehung im Osten, durch die 60 bis 70 Proz. des Abzweiggebiets verlorengegangen sind, durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und durch die schwierige Lage der Landwirtschaft in eine geradezu verzweifelte Situation geraten ist, die ganz Deutschland Anlaß zum Nachdenken geben sollte. Vor kurzem erst fand auf Anregung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann in Breslau eine Besichtigungsreise der Presse durch das Hungerland statt, auf der vor allem die Grenzgebiete und die Grafschaft Glog besucht wurden. Der Zweck der Reise war, die westdeutsche Presse über die schwierige Lage des Ostens aufzuklären und den Westen davon zu überzeugen, daß Hilfe vor allem für die schlesischen Notgebiete erforderlich ist.

Was soll aus den niederschlesischen Kumpeln und Webern werden? In Deutschland selbst herrscht in allen Ecken und Enden Arbeitslosigkeit. Der Stillstand auf dem Arbeitsmarkt drückt naturgemäß am ärgsten die Wirtschaftsbereiche, die nicht widerstandsfähig sind und nur durch Hunger und Entzweiung todgeweihte Betriebe aufrechtzuerhalten versuchen. Wie steht es mit anderen Erwerbsmöglichkeiten an Ort und Stelle? Schon heute sucht man in einem Teil des Ostbezirks, so im Eulengebirge, sich durch kräftigere Heranziehung des Fremdenverkehrs etwas zu helfen. Man hofft, daß das schöne Gebirgsland an der Grenze auf diese Weise zu einer neuen Einnahmequelle gemacht werden kann, und man rechnet dabei auf die Hilfe der gesonten deutschen Bevölkerung. In der Tat könnte durch großzügige Förderung des Fremdenverkehrs in einer ganzen Reihe deutscher Kohlengebiete, die — Ironie des Schicksals — zugleich Gebiete der Naturwunder und großer landwirtschaftlicher Reize sind, so im Bayerischen Wald, im Spessart und vor allem im niederschlesischen Huntergebiet viel zur Änderung der Not getan werden. Der Volkswirtschaftler kann sehr wohl auch etwas nach sozialen Gesichtspunkten orientiert werden. Es ist nicht nötig, daß das Geld des reiselustigen Publikums immer wieder in Bezirke und Orte getragen wird, wo man den wirklichen Not kaum sprechen kann. Eine bessere Berücksichtigung der schlesischen Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung muß auch den Kohlenstangebietern zugute kommen.

Kohlensäuregefahr.

Die Mechanisierung hat die Katastrophe gefördert.

Das Auftreten von Wetter mit Kohlenäure, die zu dem furchtbaren Unglück von Neurode geführt haben, ist im niederschlesischen Steinkohlenbergbau seit Jahrzehnten bekannt. Die Kohlenäure ist in dem gesamten Flözgebirge in mehr oder weniger großer Dichte enthalten; auch tritt sie in Form der bekannten heilkräftigen Quellen von Salzbrunn und früher von Allwässer zutage. Sie entstammt dem glasflüssigen Jancen des vulkanischen Gesteins, welches das Steinkohlengebirge durchsetzt, und stellt den Rest der vulkanischen Tätigkeit dar.

Kohlenäure selbst ist ein farbloses Gas, das in einer Reihe von Kohlenflözen Niederschlesiens ähnlich wie Wasser in einem Schwamm enthalten ist und bei Freilegung der Kohlenflöze in mehr oder minder starkem Maße, häufig unter bedeutendem Druck und plötzlich, austritt. Das Gas ist bedeutend schwerer als die gewöhnliche Luft und sinkt daher zu Boden. Es sammelt sich also zunächst an den tiefgelegenen Stellen, so z. B. auf der Sohle, in Bühndächern, über der Wasserlage, am Fuße von Abbauen, Ueberbauen, Gesenken usw. und fließt auch ähnlich wie Wasser unter den freiliegenden Wetterern am Boden hin. Man merkt Kohlenäure an der Benzolgeruchsstärke (Abheben der sich blau färbenden Flamme vom Brennrund und matten und matteres Brennen bis zum Erlöschen), durch oft stechend süßlichen und eigenartigen Geruch, der an den Inhalt der bekannten Seltersflasche erinnert, und durch Atembeschwerden und Angstgefühle. Ist Kohlenäure vorhanden, dann bricht gewöhnlich Schweiß bei dem Menschen aus. Es stellen sich Herzklappen, Kopfschmerzen und Schwindelanfälle ein. Dann ist schleunige Flucht aus dem Gefahrenbereich in den freiliegenden Wetterstrom geboten. Die ständige und allmähliche Kohlenäureausströmung des Gebirges und der Flöze, die zeitweise auf einer Grube bis zu 100 Kubikmeter je Tonne gefördert Kohle betrug, hat bisher nur wenige Unfälle hervorgerufen. Das ist vor allem auf die reichliche Bewetterung der Ruben und auf die Verträglichkeit der Bergleute mit den Eigenschaften der Kohlenäure zurückzuführen. Größer ist die Gefahr und die Möglichkeit einer Katastrophe, wie wir sie jetzt erleben, wenn die Kohlenäure plötzlich ausbricht. Aus dem standfesten Kohlenstoff rast dann hochgepannte Kohlenäure hervor, zertrümmert die Kohle und schleudert sie als Staub in die Grubenräume hinein. Ausbrüche von 500 Tonnen Kohle und 5000 Kubikmeter Kohlenäure sind in Niederschlesien nicht selten. Die Ausbrüche sind im niederschlesischen Bergbau zum ersten Male im Jahre 1894 aufgetreten. Seitdem sind wohl insgesamt 450 Ausbrüche erfolgt, durch die nicht weniger als 44 000 Tonnen feste Massen heringeworfen sind. Die Häufigkeit und die Wucht der Ausbrüche wächst mit der Leufe. Nach Mitteilung des Ausschusses zur Erforschung der Kohlenäureausbrüche in Niederschlesien forderten bis zum Jahre 1925 die Kohlenäureausbrüche und die Ausbrüche von reinem oder mit Kohlenäure vermishtem Grubengas (Meihan) 35 Menschenleben und 22 mehr oder weniger leicht verletzte Opfer. Von der Gesamtzahl der Ausbrüche ereigneten sich nur 4,3 Proz. in Ausrichtungsbetrieben und 4,6 Proz. in Abbaubetrieben; der Rest von 91,1 Proz. entfällt auf die Vorrichtungsbetriebe im Flöz. Die Zahl der bisher von Ausbrüchen betroffenen Ruben beträgt neun. Die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung der Ausbruchgefahr ist die gezielte Auslösung der Ausbrüche zu einer bestimmten Zeit, in der sich die Ortsbelegschaft und die Belegschaft der im gleichen Wetterstrom liegenden Betriebe in Sicherheit, d. h. hinter dicht schließenden

Wettertüren, den sogenannten Schließtüren, befindet. Man erreicht diese Auslösung durch besonders stark geladene Sprengschüsse, die den Kohlenstoff derart erschüttern, daß die darin enthaltene Kohlenäure explosionsartig frei wird. Dagegen muß während der Anwesenheit der Bergleute vor Ort jede stärkere Erschütterung des Ortstoches vermieden werden. Deshalb ist die Arbeit mit der Reithaus und mit sonstigen schlagenden Geräten, wie Bohr- und Abbauhammer, im allgemeinen verboten und nur zur Herstellung von Bühndächern, zur leichten Begrabigung der Stöße und zum Ablösen freihängender Schalen gestattet.

Ueber die in Kohlenäuregruben zu beachtenden Maßnahmen hat der Ausschuss zur Erforschung der Kohlenäureausbrüche im niederschlesischen Steinkohlenbergbau Richtlinien aufgestellt und ein Merkblatt herausgegeben. Das hat den Erfolg zeitig, seitdem über 92 Proz. aller Ausbrüche durch die Erschütterungsschüsse künstlich und daher für die Belegschaft unschädlich hervorgerufen worden sind. Diese Maßnahme wurde durch belehrende Vorträge und durch Vorführung von Unfallverhütungsfilmen ergänzt. Selbstverständlich waren die Belegschaften der jetzt betroffenen Strecken über die Gefahr und Gefährlichkeit von Kohlenäureausbrüchen hinreichend unterrichtet. Mit der gewöhnlichen Erklärung, es habe Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit vorgelegen, wie man die Katastrophe von Neurode wohl nicht erklären können. Im Interesse der Sicherheit der Belegschaft ist deshalb eine eingehende und gründliche Untersuchung über die Ursache der Katastrophe notwendig.

Von Anfang an hat man die Neuroder Katastrophe mit der Mechanisierung der Betriebe in Zusammenhang gebracht. Jetzt steht, daß die Kohlenäureausbrüche weniger Opfer forderten, als die Betriebe noch nicht durchmechanisiert waren. Gerade in den letzten Jahren fällt eine Steigerung der Opfer auf. Es scheint, als ob die Mechanisierung die Sicherheitsverhältnisse in der Art verändert hat, daß die bedrohten Bergknappen nicht rechtzeitig gewarnt werden. Das stimmt mit Aussagen von Arbeitern überein, die dahin gehen, daß die jetzt im Gebrauch befindlichen Schrems-Maschinen viel weniger kontrollierbar seien als die früheren Handbohrer. Dem muß weiteres Erachten unbedingt nachgegangen werden. Der Gebrauch der Scheem-Maschine hat in den kohlenäurehaltigen Bergflözen Schlesiens an sich eine Einseitigkeit erfahren. Verlangert sie die Sicherheitsmaßnahmen, so muß sie verschwinden.

Blondes Haar:
PIXAVON
als Shampoo, Beutel 30. A

Polizeipräsident als Zeuge.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Köpenick erschien gestern Polizeipräsident Jörgiebel als Zeuge. Zur Verhandlung standen die kommunistischen Mäntelungen in Oberhönowen.

Der Bezirksverordnete von Treptow Schwarz und der Werkzeugschmied Wille waren angeklagt wegen Aufruhr, Vandalismus und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Als am 1. Mai 1929 der Hauptmann Singelmann die Kommunisten, die in der Anzahl von 200 bis 300 Mann trotz des Demonstrationsoverbots einen Umzug veranstalteten, zum Auseinandergehen aufgefordert hatte, versuchte Schwarz auf ihn einzureden und soll, wie die Anklage behauptete, später gemeinsam mit dem Werkzeugschmied Wille und anderen Kommunisten den polizeilichen Maßnahmen Widerstand geleistet haben. Es kam zu einem Handgemenge, die Polizeibeamten wurden mit Steinen und Blumentöpfen beworfen und waren gezwungen, von ihren Knütteln Gebrauch zu machen und schließlich auch die Pistolen zu ziehen. Es wurde nicht geschossen. Zwei Beamte und einige Demonstranten trugen Verletzungen davon.

Die Verteidigung hatte den Polizeipräsidenten Jörgiebel zum Beweis dafür geladen, daß das Demonstrationsoverbot am 1. Mai rechtswidrig gewesen sei und daß der Polizeipräsident dies gerufen habe. War aber das Verbot rechtswidrig, so argumentierte die Verteidigung, dann haben die Polizeibeamten durch Anwendung von Gewalt strafbare Handlungen begangen, und die Demonstranten befanden sich in Notwehr. Unter solchen Umständen liegt aber auch bei den Angeklagten keine strafbare Handlung vor. Die Aussage des Polizeipräsidenten Jörgiebel als Zeuge zeigt, daß diese Beweisführung an den Haaren herangezogen war. Ein spezielles Demonstrationsoverbot, erklärte der Polizeipräsident, ist überhaupt nicht erlassen worden, es bestand ein allgemeines Demonstrationsoverbot seit Dezember 1928 auf Grund des Preussischen Landrechts, und dieses hielt sich außerdem im Rahmen des Erlasses des preussischen Innenministers.

Er, der Polizeipräsident, habe das menschmögliche getan, um jedes Blutvergießen zu vermeiden.

Abgegeben von der Beschrift des Ministers, der den Polizeibeamten ein besonders besonnenes Vorgehen zur Pflicht gemacht hatte, habe er als Polizeipräsident am 30. April in einer Besprechung die Polizeioffiziere darauf aufmerksam gemacht, daß die Veröffentlichungen in den kommunistischen Zeitungen den Eindruck erweckten, als wünschten die Kommunisten Blutvergießen. Es sei aber eine alte Weisheit, sich von den Begnern nicht die Taktik vorschreiben zu lassen. Ist es die Absicht der Kommunisten, Blut fließen zu lassen, so muß es Aufgabe der Polizei sein, unter allen Umständen ein Blutvergießen zu verhindern. Als am 1. Mai die Unruhen begannen, habe er schleunigst die Hydranten bereithalten lassen, um durch das ungefährlöse Mittel die Ruhe wiederherzustellen. Nach längerer Beweisaufnahme verurteilte das Schöffengericht Schwarz zu sechs Monaten und Wille zu sieben Monaten Gefängnis.

Großfeuer in der Dranienstraße.

Drei Feuerwehrleute schwer verletzt.

Bei einem großen Dachstuhlbrand im Hause Dranienstraße 173 wurden gestern nachmittags drei Feuerwehrleute bei den Löscharbeiten durch Stichflammen schwer verletzt.

Das Feuer war im Vorderhausdachstuhl ausgebrochen und auf den Seitenflügel übergesprungen. Die Verqualmung war so stark, daß die anrückenden Wehren zunächst den Umfang des gefährlichen Feuers nicht erkennen konnten. Erst nach und nach wurde den Rauchmassen Abzug verschafft, so daß eine wirksame Bekämpfung des Brandes aufgenommen werden konnte. Beim Aufschlagen der Bodentüren schloß eine Stichflamme hervor und traf die Feuerwehrleute Meinte, Meinte und Böttcher. Alle drei mußten von nacheilenden Kollegen geborgen und ins Urbankrankenhaus gebracht werden. Die Dachstühle wur-

Ueberwachung nicht ausreichend.

Reichsinnenministerium zum Lübecker Kindersterben.

Die starke Erregung, die bei den vom Lübecker Kindersterben betroffenen Eltern durch die Erklärungen des Reichsgesundheitsamts hervorgerufen ist, hat das Reichsinnenministerium zu einer längeren Darlegung veranlaßt.

Das Reichsinnenministerium will den gerichtlichen und wissenschaftlichen Urteilen nicht vorgreifen, sondern nur die bisherigen einwandfrei festgestellten Tatsachen zusammenfassen. Sie sind für die Lübecker Ärzte vernichtend. Soweit sich aus den Untersuchungen des Professors Dr. Ludwig Lange schon jetzt ein Urteil gewinnen läßt, kann kaum mehr daran gezwweifelt werden, daß die Calmetteschen Kulturen vom Institut Pasteur in Paris einwandfrei geliefert wurden, aber bei der Weiterzucht in Lübeck eine Verunreinigung erfolgte. Das Reichsinnenministerium — wir vermögen ihm hierin nicht ganz zu folgen, weil nach unserer Ansicht die Aufsicht dem Reiche verfassungsgemäß und verwaltungsgerechtlich durchaus zusteht — will die Untersuchung darüber, ob in Lübeck alles geschehen ist, um die Schutzbehandlung nach Calmette, nachdem sie nun einmal beschlossen war, auch einwandfrei durchzuführen, in der Hauptsache dem Staate Lübeck überlassen. Dabei wird, wie wir es wiederholt dargelegt haben, bei den Umständen in dem kleinen Stadtstaat wahrscheinlich nicht viel herauskommen.

Im Laufe der Untersuchungen hat sich eine Reihe von Beanstandungen herausgestellt, die das Reichsinnenministerium folgenbarmen zusammenfaßt: 1927 war Zurückhaltung in der Frage der Tuberkuloseimpfung mit lebenden Bazillen durch den Reichsgesundheitsrat empfohlen worden. Lübeck hat sich darum nicht gekümmert, auch keine Rückfrage über die Haltung des Reichsinnenministeriums und des ihm unterstehenden Reichsgesundheitsrats im Jahre 1929 erachtet. Die Ärzte des Lübecker Krankenhauses haben es veräußt, die Unschädlichkeit der Kulturen im Tierversuch zu prüfen. Dann spricht das Reichsinnenministerium in einem kurzen Satze den schwersten Vorwurf aus, der gegen Ärzte erhoben werden kann:

Die gesundheitliche Ueberwachung der schuhbehandelten Kinder war nicht ausreichend.

Weiter heißt es: Die von Professor Deyde am 26. April 1930, also nach Erkenntnis der Schädlichkeit des verwandten Schutzstoffes, vorgenommene Vernichtung der noch vorhandenen Schutzstoffmengen muß gleichgültig aus welchen Motiven sie erfolgt ist, als bedenklich bezichtigt werden. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß, nachdem am Vormittag des 26. April 1930 die Schädlichkeit des verwandten Schutzstoffes durch die Obduktion eines verstorbenen Säuglings bereits erwiesen war, noch einige Dosen des Schutzstoffes in den Händen von Hebammen verblieben sind. Weiter ist zu beanstanden, daß die für die Durchführung der Schutzbehandlung Verantwortlichen, zwischen denen es z. T. wohl auch an der genügenden Zusammenarbeit gefehlt hat, der zunächst zuständigen Stelle in Lübeck von den eingetretenen Schädigungen zu spät Kenntnis gegeben haben. Die Reichsmedizinalverwaltung ist erst am 14. Mai unterrichtet worden.

Diese Feststellungen des Reichsinnenministeriums lassen die Haltung der Lübecker Staatsanwaltschaft, die nach wie vor keine Verdunkelungsgefahr bei dem noch dazu viel zu spät eingeleiteten Verfahren gegen die Ärzte wegen fahrlässiger Tötung sehen will, nur rätselhafter erscheinen.

Lage in Lübeck unverändert.

Nach dem Donnerstag vormittag vom Lübecker Gesundheitsamt herausgegebenen Bericht hat sich der Gesundheitszustand der mit dem Calmette-Präparat gefütterten Säuglinge gegenüber dem Vortag wiederum nicht verändert. Die Eltern der von dem Calmette-Infekt in Lübeck betroffenen Säuglinge haben beim Reichsministerium des Innern beantragt, ihnen für die Durchführung ihrer Schadenersatzansprüche entsprechende Geldbeihilfen zu gewähren.

Der von der Lübecker Bürgerschaft eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Säuglingstragödie hat seine Arbeiten so weit beendet, daß sein Bericht in den nächsten Tagen fertiggestellt sein wird. In einer auf den 18. Juli einberufenen Sitzung der Lübecker Bürgerschaft wird dann der Bericht über die Untersuchung erfaßt werden.

den trotz aller Anstrengungen der Wehren nahezu völlig zerstört. Der gesamte Verteiler mußte zeitweise umgeleitet werden.

Ein weiteres Großfeuer vernichtete um dieselbe Zeit die Dachstühle zweier Neubauten in der Straße Nr. 43 in Pantow. Der Brand, der offenbar durch Fahrlässigkeit entstanden ist, konnte erst nach stundenlangem Wassergeben niedergelämpft werden.

Liebestragödie im Hotel.

Die Braut erschossen. — Selbstmord des Täters.

In einem Hotel in der Anshacher Straße 23, am Wittenbergplatz, spielte sich gestern eine blutige Tragödie ab, über deren Ursachen noch völliges Dunkel herrscht. Der 24jährige Russe Erwin Brill erschoss dort seine 24jährige Braut Lina Blüninger und tötete sich unmittelbar darauf durch einen Schießsuizid.

Brill hatte vor einigen Tagen in dem Hotel ein Zimmer bezogen. Gestern gegen 14 Uhr empfing er den Besuch seiner Braut. Das junge Mädchen wollte kaum einige Minuten im Zimmer ihres Bräutigams, als plötzlich kurz hintereinander mehrere Schüsse trachten. Hotelangestellte, die sofort in das Zimmer eintraten, fanden das junge Paar mit schweren Schußverletzungen im Kopfe leblos auf.

Nach dem Befund hat Brill seine Braut offenbar hinter-

rücks niedergeschossen und dann die Waffe gegen sich gerichtet. Die Polizei ist mit der Klärung des blutigen Vorfalles noch beschäftigt.

500 Choleraföte.

Eine Massenepidemie auf zwei Philippineninseln.

New York, 10. Juli.

Auf den Philippineninseln Cebu und Davao ist eine verheerende Choleraepidemie ausgebrochen. Bisher sind bereits 500 Personen gestorben. Die Behörden treffen umfangreiche Abwehrmaßnahmen, um eine weitere Ausbreitung der Epidemie zu verhindern. — Die beiden Inseln werden anherdem von einer Hungersnot heimgesucht.

Das ist gesundheitschädigend!

Im Hause Halesches Ufer 1/2 befindet sich eine Parterrewohnung, deren Klosett außer vom Wohnungsinhaber, auch noch von zwei anderen Hausparteien — es sind 7 Erwachsene und 3 kleine Kinder — benutzt wird. Das Gemeinschaftsklosett mündet auf ebenen, fensterlosen, kleinen Gang, der ein Sammelbecken für verpestete Luft abgibt. Außerdem befindet sich in diesem Vorraum, Tür an Tür mit der Toilette, die Wasserleitung, und es spaltet wirklich jeder Vorstellung von Hygiene, daß den Leuten zugemutet wird, hier ihr Trink- und Kochwasser entnehmen

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Er starrte ihr zum allerersten Male voll ins Gesicht — sah sie als ein menschliches Wesen. Sie wünschte sehnlichst, daß ihr Haar glatt gestrichen wäre und daß sie im Gesicht keine blauen Flecken vom Farbband hätte. Er hörte zu schaukeln auf; prüfte sie mit kritischen Blicken. Halb war sie von Neugier erfüllt, was er nun tun würde; halb war sie versucht, ihn verführerisch anzulächeln. Doch fühlte Ueberlegung gebot ihr: „Du wirst keine Närrin sein — du gefällst ihm nicht und du wirst auch nicht versuchen, ihm zu gefallen.“

„Ja, Sie sehen ebenso abgerackert aus wie ich“, sagte er. „Ich glaube, ich bin genau so rücksichtslos wie alle anderen. Ich bocke und schlage aus, wenn der alte Herr mir eine Erntearbeit auspeilt, und dann wälze ich die Sache ab und lasse Sie Ueberstunden machen. Hören Sie! Ich lasse Ihnen, was wir tun werden.“ Wie süß das „Wir“ und die Vertraulichkeit seines Tones klang! „Ich werde auch abschreiben. Ich kann selber ganz gut tippen, und gegen sechs Uhr dreißig oder so können wir das Zeug fertig und expediert haben und dann führ' ich Sie zu einem herrlichen Abendessen zu Chlid. Bei Gott! Ich spendiere Ihnen noch Kuchen dazu. Und ein Viertel vor acht liefere ich Sie zu Hause ab. Wunderbar! Geben Sie mir ein Exemplar von dem Artikel. Bis dahin haben Sie eine ganze Stunde Zeit, sich züchtige Gedanken darüber zu machen. Daß Sie mit den schlechten und verrückten Kerl Mally Babjon essen gehen.“

Sein Lächeln war eine Liebeskolung. Der Atem wollte ihr verjagen; ängstlich erwiderte sie kein Lächeln. Dann war er fort. Aus dem Redaktionszimmer tönte das Klappern der schweren, alten Schreibmaschine — Walters Hämmer auf der „Dreschmaschine“ war ein geflügeltes Wort im Büro.

Wieder fing sie zu tippen an, mit mechanischer Geschwindigkeit, nahm kaum wahr, was sie abschrieb, so zerstreut war sie, während sie leise zu sich selbst sagte: „Oh, ich sollte gewiß nicht mit ihm ausgehen. . . Aber ich werde

es doch tun! . . . Unfinit! Warum sollte ich nicht mit ihm essen gehen. . . Natürlich sollte ich nicht; ich bin Stenotypistin und er ist mein Vorgesetzter. . . Aber ich geh' doch!“

Wenn sie durch den stillen Büroraum zum Fenster hinüberblickte, das nach Westen lag, konnte sie sehen, daß der Himmel bläulich wie eine Primel war. In einem hohen Gebäude, das die Dächer der anderen überragte, flammten Lichter auf, und sie — die doch hätte wissen können, daß dies ein Zeichen war, wie lange auch andere müde Leute bei der Arbeit zurückbleiben mußten, bildete sich ein, daß es die Lichter der Restaurants wären, in denen vergnügte Liebespärchen speisten. Sie schob alle Probleme, die sie bedrückten, beiseite, vergaß die Mutter, die, auf der Tochter ganze Jugend Anspruch erhebend, zu Hause saß und wartete, und gab sich einem Gefühl glücklicher, erregter Erwartung hin, mit Walter auszugehen, ihn kennenzulernen und jenes Lächeln noch einmal zu spüren.

Er kam mit seinen Abschriften des Artikels herein-spaziert, bevor Una fertig war. „Ich kann abschreiben, wie?“ rief er. „Hören Sie einmal, befehlen Sie sich und machen Sie Schluß. Hu! Ich habe heute so viele Zigaretten geraucht, hab' einen scheußlichen Geschmack im Mund. Möchte jetzt essen und die Sorgen herunterwürgen.“

Unas Erregung hatte sich ein wenig gelegt und war einem höchst profaischen, tüchtigen Hunger gewichen. So trat sie neben Walter her zum Restaurant, einem der Banco-Speisehäuser, einer Massenabfütterung, die Anspruch auf Originalität erhob durch imitierte Deckenbalken, durch ein Tellergestell mit bemalten Tellern und durch schwarze Holzstühle für vier Personen, statt der in ähnlichen Lokalen üblichen Marmorstühle. Walter lenkte Unas Aufmerksamkeit mit lautem Wortschwall auf die Sprüche, die an die Wände gemalt waren, und auf die Stehlampen mit rosafarbenen Schirmen, die auf jedem Tische standen. „Wenn Sie nicht zu viel ans Essen denken, Fräulein Golden, so können Sie sich einbilden, in einem regelrechten Restaurant zu sein. Donnerwetter, dieses Lokal könnte Ihnen über die Tatsache hinweghelfen, mit dem verrückten Babjon zusammen zu speisen. Ich kann mir schließlich keine „Daison“ an einem Ort vorstellen, wo der Kaffee fünf Cents kostet.“

Er tat sehr lustig, doch seine Bewegungen, als er ihr den Mantel abnahm, waren so schlaff, und er ließ sich so matt in seinen Stuhl fallen, daß sie das brennende Verlangen hatte, seine Büromüdigkeit wegzustreicheln. Sie vergaß alle Zurückhaltung und rief: „Warum nennen Sie sich

„verrückt“? Nur weil Sie mehr Energie besitzen als alle anderen im Büro?“

„Nein“, sagte er bitter und langte nach der Speisekarte, „weil ich so ziel- und zwecklos draußlosarbeite.“

Una redete sich ein, mit Vergnügen zu bemerken, wie liebenswürdig die knochige Kellnerin wurde, als Walter seine Bestellung machte. Tatsächlich aber verstimmte es sie, daß keine von den kreischend einherstürmenden Kellneramazonen Walters Lächeln zu würdigen verstand.

In einem Banco-Speisehaus eine Mahlzeit zu bestellen und ungefähr das, was man bestellt hat, zu bekommen, ist keine verfeinerte, epikureische Kunst, sondern eine Frage der Geschäftstüchtigkeit; und erst nachdem eine Portion „Banco Spezial-Ham-and-Eggs nach Bauernart“ zwischen ihnen auf den Tisch geschleudert worden war, und dazu Worcester-Sauce, Servietten, Weißbrot, Wasser und eine zweite Gabel, — was alles von der davoneilenden Kellnerin einzeln verlangt werden mußte —, erinnerte sich Walter, daß dies ein romantisches Abendessen mit einem fremden Mädchen sei und nicht ein Abkühl auf Lebensmittellieferungen.

Seine unstillen schwarzen Augen musterten ihr Gesicht. Das Bewußtsein, daß auf der Haut neben ihrer Lippe ein kleiner roter Fleck hervorgebrochen war, vermehrte noch ihre Aufregung; aber sie hoffte, daß Walter ihre Stirne klar und ihren Mund wie eine Blume finden würde. Plötzlich nickte er, als hätte er sich nun an sie gewöhnt und fände sie anheimelnd. Während seine ruhelosen Finger nervös an einem Brocken Weißbrot zupfien und aus Zuckerstücken phantastische Kreuze bauten, suchte er durch Fragen ihre verborgene Seele zu erforschen, die sie selbst noch nie ergründet hatte. Es war das erste Mal, daß jemand sie nach dem Glaubensbekenntnis ihres Lebens fragte, und in dem Bestreben, sich aufrichtig verständlich zu machen, verstieg sie sich zu einer Freimütigkeit, die ihre Kurmacher in Panama als ungehörig für ein junges Mädchen angesehen hätten.

„Was wollen Sie eigentlich erreichen?“ pläzte er heraus. „Immer nur draußlosarbeiten und nirgends hingelangen?“

„Nein, das nicht; aber es ist schwer. Man vertraut den Frauen im Geschäft nicht viel an, und ohne Verantwortung ist man eben niemand. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als weiter nach einer Gelegenheit Ausschau zu halten.“

„Sie sind am Ende eine richtige Frauenschülerin?“

„Ich weiß so wenig von diesen Dingen. Die meisten Frauen verstehen nichts davon — von gar nichts eigentlich!“

(Fortsetzung folgt.)

zu müssen. Wiederholte Vorstellungen des Wohnungsinhabers, daß wenigstens die Wasserleitung nach der Küche verlegt werde, wurden dahin beantwortet, daß die Reparatur vorgenommen werden würde, wenn er sich mit 50 M. daran beteilige. Nachdem er dies aus begründlichen Gründen ablehnte, soll alles beim alten bleiben. Die Menschen haben nun, besonders im Sommer, unter über Luft zu leiden, noch dazu liegt der allgemeine Abtritt direkt neben ihrem Schlafzimmer, das auf den Hof mündet und sowieso keine allzu reichliche Luftzufuhr erhält. Eigentümerin des Grundstückes ist die Stadt Berlin, und die Hausverwaltung scheint sich durch besondere Sparmaßnahmen bei ihr angenehm bemerkbar machen zu wollen.

Ferien und Ferienkultur.

Eine Rundfunkdiskussion.

Ferien waren vor noch nicht allzu langer Zeit ein Vorrecht der Wohlhabenden. Der kleine Angestellte und der Arbeiter mußten auf diesen Luxus verzichten, und selbst wenn sie „Urlaub“ bekamen — der Arbeiter natürlich mit entsprechendem Lohnausfall —, so dauerte er nur zwei bis drei Tage. Damit konnte man nichts anfangen! Man benutzte sie zum Ausschlafen. Der ältere Arbeiter versteht es daher heute oft noch nicht, richtig „Ferien“ zu machen. Um muß für „Ferienkultur“ erst langsam das Verständnis erschlossen werden, das die Arbeiterjugend längst besitzt. Der Arbeiter muß erkennen lernen, wie wichtig für seine körperliche und geistige Entspannung die Milieueränderung ist, wieviel für ihn solche Tage in neuer Umgebung in der Monotonie eines Arbeitsjahres bedeuten können.

In einer Rundfunkdiskussion über „Ferien und Ferienkultur“ legten Richard Weimann und Herbert Kriedemann an, wie eine solche sinnvolle Ferienpause sich schaffen läßt. Sie ist ja leider ebenso sehr eine Zeit, wie eine Geldfrage. Die jetzt nur um zehn Prozent ermäßigten Fahrpreise der Feriensonderzüge sind für sehr breite Schichten unerreichbar. Stärkere Senkung der Fahrpreise für Ferienzüge, eventuell auf Grund von Bescheinigungen über die Verdiensthöhe, würde der Eisenbahn wahrscheinlich einen sehr wesentlich erhöhten Zustrom von Fahrgästen bringen. Stärkere Bereitschaft der Gaststätten, Touristen angemessenes Logis zu erschwinglichen Preisen zu bieten, Erleichterung von Wanderberufen in der Art der Jugendberufen müssen die Wandertouristen fördern. Vorkünftig ist die Arbeiterkraft auf Selbsthilfe angewiesen: Das Arbeiterkulturkartell vom Beispiel organisiert Ferientreffen, die Erholungsaufenthalte und Kuren, aufschlußreiche Wanderungen auf deutschem oder ausländischem Boden vermitteln. Die verhältnismäßig niedrigen Reisekosten, an denen natürlich nichts verdient wird, können in Reihen eingezahlt werden. Freilich sind für zahlreiche Arbeiterfamilien heute noch selbst solche Reisen aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich. Die das ganze Jahr schwer arbeitende Hausfrau verläßt noch oft ihr Leben lang die Heimatstadt nicht in weitem Umkreis.

Arbeitslose, besonders jene, die bereits längere Zeit arbeitslos sind, hätten ebenfalls Urlaub besonders nötig, der sie für kurze Zeit aus ihrer seelischen Bedrückung herausreißen würde und ihnen neuen Lebensmut gäbe. Eine wirtschaftlich etwas besser gesicherte Zeit als die Gegenwart wird an dem Problem des Arbeitslosenurlaubs nicht vorbeigehen dürfen.

Für alle Werktätigen aber ist zu fordern, daß sie ausreichenden Urlaub erhalten und daß ihr Verdienst es ihnen auch ermöglicht, diese Freizeit mit ihrer Familie wirklich als „Ferien“ zu erleben.

Von der Kneipe zur Gaststätte.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der „unbedingt“ alkoholfreundlich eingestellt ist, wird dem Problem der Schanklokale im allgemeinen und dem der Parteilokale im besonderen nicht gerecht. So sehr wir bestrebt sind, unsere Mitgliederansammlungen in Schutzlokalen abzuhalten, weil uns andere entsprechend große Versammlungsräume nur noch sehr selten zur Verfügung stehen, so ist doch auch heute noch unter Organisationsleuten auf die Schankwirtschaft mit Vereinstimmern angewiesen, wie gelegentlich auf größere Säle. Für Funktionärstreffen, Jahlabende und Frauenleseabende wird weder Wirt noch Lokal noch solche ergehen. Für die Bemühung von Schulaufen muß natürlich eine Gebühr für Reinigung, Beleuchtung, im Winter auch Heizung, bezahlt werden und entgegen der Vorkriegszeit erst recht für die Inanspruchnahme großer Versammlungssäle. Für letztere einmal deshalb, weil die Auswahl der Säle heute sehr gering geworden ist, hauptsächlich aber deshalb, weil hier der Trinkzwang aufgehoben und damit der Bierkonsum in Versammlungen bedeutend zurückgegangen ist.

An den Zusammenkünften unserer Abteilungen nehmen Jugendliche und Frauen teil, die meist Mineralwasser beziehungsweise Kaffee oder aber überhaupt nichts trinken. Das ist allerdings nur möglich, weil der Lokalhaber mit dem Verdienst von denen rechnet, die etwas verzehren. Wohl oder übel müssen wir mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, wie die Abteilungsleiter auch damit rechnen müssen, daß die Partei ihre Mitglieder nicht zur Abstinenz verpflichten kann.

Aber auch wir, die gelegentlich der Zusammenkünfte ein Glas Bier trinken, sind nicht blind für die vielfachen Mängel, die den kleinen Lokalen noch anhaften. Da ist oft schon das Keusere wenig einladend. Der Eingang dunkel aus Lichtersparnis. Und dann die lächerlichen gelben Gardinen, die die Schankwirte Berlins zu ihrem Wahrzeichen erkoren zu haben scheinen. Diese Lappen schrecken von außen her geradezu ab. In meinem Bezirk hat sich neuerdings ein Schankwirt gelegentlich einer Renovierung dazu aufgerufen dunkelgrüne Vorhänge anzuschaffen und obwohl ich sein Lokal seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr betreten habe, ich würde schon allein deshalb lieber hineingehen als vordem. Abgesehen davon, daß mitunter auch die Keimlichkeit in verschiedenen Punkten zu wünschen übrig läßt, zumal wenn ein älteres Ehepaar sein Geschäft allein versorgen muß und einem gelegentlichen kurzen Andrang nicht gewachsen ist, gibt es noch andere Mängel zu beklagen. Es fehlt häufig vollständig an Gewürzen, zu einem kleinen Unbill. Ebenso an der Einrichtung zur raschen Zubereitung einiger Tassen Kaffee, und obwohl auch dabei etwas zu verdienen ist, wollen manche Schankwirte nichts davon wissen, weil ihnen dies Geschäft etwas umständlich erscheint. Damit aber ziehen sie die Gäste nicht an, sondern stoßen sie ab, und so gibt es leider viele kleine Lokale, aus denen man lieber herausgeht als hinein.

Die Schaffung vorbildlicher Gaststätten ist noch Zukunftsaufgabe, und wenn heute das Braukapital beginnt, sich mehr in direktes Mineralwasserkapital umzustellen, so bleibt es dennoch Kapital. Auch die Kommunen können — nachdem sie die größten Sorgen um den Wohnungsbau hinter sich haben — keine Räume schaffen, die sie zu organisatorischen und geistigen Zusammenkünften ohne jedes Entgelt zur Verfügung stellen können. Wir werden uns also zunächst darauf einrichten müssen, die größten Mängel auf

dem Gebiete der sogenannten Arbeiterkafes auszumergen, ohne deshalb darauf verzichten zu müssen, Ansätze und Möglichkeiten zu einer wünschenswerten Neugestaltung zu fördern und zu nützen.

Wieder fünf Opfer eines Flugzeugunglücks.

Corpus Christi (Texas), 10. Juli.

Ein Flugzeug mit fünf Insassen stürzte 6 Kilometer von hier ab. Alle fünf Insassen wurden getötet.

Zahnarzt Dr. Gutmann nach Moabit übergeführt.

Der wegen Gattenmordes vom Schwurgericht Prenzlau zum Tode verurteilte Zahnarzt Dr. Gutmann aus Schwedt an der Oder ist nach dem Moabiter Unterbringungsgefängnis übergeführt worden. Diese Ueberführung ist als Sicherungsmaßnahme für Dr. Gutmann erfolgt, da er mehrfach Selbstmordabsichten gezeigt hat. Die Gefängnisverrichtungen in Moabit bieten bessere Ueberwachungsmöglichkeiten als in Prenzlau.

25. Deutscher Mietertag in Dresden. Der Bund Deutscher Mietervereine e. V. Siz Dresden, veranstaltet in der Zeit vom 27. August bis 1. September 1930 in Dresden den 25. Deutschen Mietertag. Gleichzeitig findet die Feier des 30jährigen Bestehens des Bundes statt.

Herbstjugendweiben der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften. Alle Anmeldebüchlein werden gebeten (soweit noch nicht geschehen), die im Bezirk befindlichen Jugendweibeamteilungen umgehend dem Jugendweibsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Treppen, zuzustellen.

Funkwinkel.

Das Nachmittagsprogramm ist zu schwer. Die vorgetragenen Kompositionen schlagen denselben herben Akkord an. Damit ist nichts gegen ihre künstlerische Qualität gesagt, aber Abwechslung und mehr Aufsichtung würden der größten Anzahl der Hörer willkommen sein. Außerdem enttäuschte die Sängerin Helene Guermanova in ihren russischen Liedern. Die Stimme erscheint in der Uebertragung als wenig modulationsfähig. Sie vermag nicht das Interesse des Hörers auf längere Zeit zu fesseln. Die Schuld liegt auch im Programm, das Lieber mit getragen Melodien bevorzugt. Gut ist das Konzert des Reutlinger Sängerkörpers, das ausschließlich Volkslieder bringt. Der Chor selbst verfügt über klangvolles und gut geschultes Stimmmaterial. Die Reportage aus dem Straßenbahndepot in der Müllerstraße hat verschiedene Fehler, wie die meisten dieser Veranstaltungen. Von der psychologischen Prüfung, das heißt, von den einzelnen Vorgängen, die sich der Hörer unter diesen Umständen kein klares Bild formen. Ueberhaupt arbeitet man viel zu viel mit optischen Begriffen. Wertvoll sind dagegen die allgemeinen Ausführungen, die eine knappe Skizze von der Personalschulung und dem ganzen Depotbetrieb vermitteln. Dann spricht Ministerialrat Rother über die Grubentatastrophe bei Neurode. Es ist ein Bericht, die Voraussetzungen für das Unglück zu erklären. Rother erörtert darauf hauptsächlich die Unfälle im Bergbau im allgemeinen. Jedenfalls nimmt der Hörer den Eindruck mit, daß die Vorsichtsmaßnahmen ausgezeichnet funktionieren und daß man bemüht ist, sie zu verbessern. Einmal bemerkt der Vortragende, daß die Sorglosigkeit der Arbeiter öfters Unglücksfälle verursacht hat. Besser, diese Behauptung wäre unterlassen worden, besonders jetzt, da die ganze Bevölkerung unter dem Eindruck der schlesischen Katastrophe steht. F. Sch.

Allgemeine Wetterlage.



Das wechselnd wolkige und ziemlich kühle, meist windige Wetter hat am Donnerstag in ganz Deutschland angehalten; dabei kam es nur in Ostpreußen zu nennenswerten Regenfällen, wo sich der über dem Baltikum befindliche Tiefdruckkern bemerkbar machte. Im Bereiche des tiefen Druckes steigt jetzt der Luftdruck schwach, während er innerhalb des hohen Druckes über Westeuropa etwas fällt. Daher werden sich die Luftdruckverhältnisse allmählich abschwächen, ohne daß sich jedoch die herrschende Luftdruckverteilung wesentlich ändern dürfte. Wir müssen daher für die nächsten beiden Tage mit Abflauen der nordwestlichen Winde rechnen. Im ganzen wird es aber noch meist wolkig und ziemlich kühl bleiben.

Wetteransichten für Berlin. Wechselnd, meist stark wolkig, keine erheblichen Niederschläge, bei abflauenden westlichen bis nordwestlichen Winden weiterhin ziemlich kühl. — Für Deutschland. Im Nordosten noch einzelne Regenfälle; im übrigen Reich wechselnd bewölkt, und nur vereinzelt etwas Regen; überall ziemlich kühl.

Schlechte Saison an der Ostsee.

Die Erwartungen, die die Ostseebäder an die diesjährige Kurzeit geknüpft haben, haben sich, wie der Verband Deutscher Ostseebäder mittelt, trotz des frühen Pfingstfestes und des anhaltenden schönen Wetters, nicht erfüllt. Die katastrophale wirtschaftliche Lage hat sich auch in den Ostseebädern dahin ausgewirkt, daß selbst jetzt in der Hochsaison noch in allen Bädern, in Hotels und Pensionen viele Zimmer leerstehen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Willy Krause
geboren 3. Juli 1892, am 4. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. Juli, 17^{1/2} Uhr, im Krematorium Berlin, Stralitzerstraße, statt. Regre Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 29. Juni starb unser Kollege, der Hausknecht

Arthur Knispel
geb. 8. November 1901.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Am 29. Juni starb unser Kollege, der Dreher

Fritz Kuhn
geboren 29. Mai 1871.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am 8. Juli ist unser Bürovorsteher, Herr

Walter Baum
nach kurzer Krankheit plötzlich verstorben.

Vor mehr als 20 Jahren war er in unser Büro eingetreten, das er zuletzt als Vorsteher leitete. Seine Arbeitsweise und Pünktlichkeit und seine persönlichen Eigenschaften sind uns sowie seine Kollegen und viele unserer Klienten dauernd zu Danke verpflichtet.

Charlottenburg, 8. Juli 1930,
Wolfgang Helms, Dr. Alfred Karger
Rechtsanwälte und Notare.

ANZUG BIS TAGE!

Gute Qualitäten! Billige Preise!

Sakko-Anzüge modern gemusterte Stoffe 95.— 88.— 70.— 55.— 39.—	27.—	Jünglings-Anzüge flotte Formen 55.— 45.— 40.— 32.—	22.—
Sakko-Anzüge blau Kammgarn, zweireihige Form 95.— 80.— 70.— 55.—	42.—	Wasch-Anzüge für Kaschen, unsortiert Form 5-75 2-75	1²⁵
Palm Beach der bewährte Sommeranzug . . . 30.— 27.—	22⁵⁰	Oberhemd moderne Streifen . . .	5²⁵
Sport-Anzüge mit kurzer oder langer Hose 95.— 85.— 75.— 65.—	39.—	Sporthemd mit festem Kragen und passendem Binder	6⁹⁰

FÜR REGENTAGE:
Lodenmäntel / Trench-Coats / Gummimäntel spottbillig!

BAER SOHN & CO.
BERLIN N4, Chausseestraße 29-30, U-BAHN: Stettiner Bahnhof

Wife Helke Schauer die Mitglied des zweiten Reiches, der Kreisverband und die Reichsverbanden haben den Tod unseres Genossen

Alfred Paersch
Sie werden Ihrem allbewährten Führer, Mitarbeiter und Berater ein ehrendes Andenken bewahren

Der Kreisverband und Bezirksverband Charlottenburg des 2. Kreuzes Tiergarten, Einsegnung Freitag, den 11. Juli, 18^{1/2} Uhr, im Krematorium Charlottenburg.

Achtung Siedler!

Priort-Döberitz
Wohnparzellen, Gärtnerzonen, Mühnerfarmen
qm von 0.90 Mark an
Vorortverkehr

Bahnfahrt bis Priort (Wustermark-Gut umsteigen) oder bis Wustermark-Verschlebebahn, dann Fußweg durch Kolonie Elstal.

Verkäufer auf dem Gelände.
Telefon: Wustermark 120

Sonntags Autofreifahrt
vom Verschlebebahnhof Wustermark

Zentralbüro: Dr. Ascher, Dr.-Ing. Runge
Berlin W 8, Französische Str. 17, Zentr. 529, 109 30.

Inferieren im Vorwärts bringt Kundschaff und Geld!

Elektroausverkauf im Gang!

Schlupfe deutsche Energiewirtschaft. — Schlafen Regierungen und Parlamente?

Die Frage, wer künftighin in Deutschland die Elektrizität beherrschen wird, muß als Kernfrage der Wirtschaftspolitik gelten. Denn da die Elektrizität im Begriff ist, zum unentbehrlichen Produktionsbestandteil in fast allen Wirtschaftsgruppen zu werden, da die Abhängigkeit fast aller Industrien von der Stromlieferung durch die öffentlichen Großkraftwerke und Großversorgungsnetze von Tag zu Tag zunimmt, werden die Elektrizitätsunternehmen in absehbarer Zeit ein weitgehendes Energiemonopol besitzen. Da die Versorgungsnetze die Tendenz haben, sich immer mehr auszudehnen, wird allmählich die Front der Elektrizitätslieferanten gegenüber den Verbrauchern immer einheitlicher und geschlossener werden. Man darf diese Zusammenhänge nicht vergessen, wenn man die

liegen wird, wenn nicht direkt, so doch vermittelt deutsch-ausländischer Dachorganisationen.

Was nützt Deutschland die Wiedererlangung der politischen Souveränität, wenn seine wirtschaftspolitische der Energiewirtschaft zum Spekulations- und Ausbeutungsobjekt wird?

Was diese ausländischen Trusts nach Deutschland lockt, ist klar: niedrige Gestehungskosten, niedrige Löhne, im allgemeinen ausgezeichnete technische Verwaltung, monopolartige Herrschaft über die Versorgungsgebiete — alle Voraussetzungen für gute Profite sind gegeben. Ein einheitlicher Aufbau der deutschen Elektrizitätswirtschaft nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird zur Unmöglichkeit gemacht; die Wirtschaft und die Masse der Einzelnen wird sich geschlossenen, kapitalharten Gruppen gegenüberfinden; die Elektrizitätsspreize, die einen immer wichtigeren Teil der Produktionskosten ausmachen, werden internationalen Finanzinteressen untergeordnet. Wer garantiert dafür, daß die internationale Wettbewerbsmöglichkeit der deutschen Industrie nicht einst im Washingtoner Handelsabkommen beliebig dirigiert wird?

Bisher ist praktisch nichts geschehen.

Um diesen Gefahren zuvorzukommen. Vor zwei Jahren entstand die A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft mit großen Zielen und Versprechungen. Sie führt seit dieser Zeit ein rätselvolles Dasein. Die Elektrizitätsunternehmen der öffentlichen Hand, insbesondere die Elektrizitätswerke und Elektrizitätsgesellschaften der Kommunen, stehen heute fast hilflos den großen ausländischen und ausländisch-deutschen Finanzierungsgruppen und Banken gegenüber.

Warum wird nichts getan, um diese einzelnen Gruppen zu einer geschlossenen Front zusammenzuschließen? Es wäre möglich, zum Schutz gegen Privatisierung und Ueberfremdung

Die öffentlichen Bauaktionen.

Ein Angebot der Sparkassen, Kommunalbanken und Landesbanken.

Zur Anturbelung der Wirtschaft will das Reich für Wohnungsbauzwecke zusätzlich 100 Mill. M. verwenden, zur Beschaffung der erforderlichen Zwischenkredite soll die Reichsbürgschaft für die Deutsche Bau- und Bodenkreditbank von 250 auf 300 Millionen erhöht werden, und zur Förderung des Straßenbaues soll das Reich für weitere 100 Mill. M. die Bürgschaft übernehmen. Die Aktion war bisher so geplant, daß die Deutsche Bau- und Bodenkreditbank A. G. zunächst die für das Wohnungsbauprogramm erforderlichen Zwischenkredite besorgt und das Reich seine zusätzlichen 100 Millionen Reichsmark an zweiter Stelle nach den Grundföher der Hauszinssteuer vergewahrt. Die 100 Millionen zur Förderung des Straßenbaues sollten von der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank eventuell ebenfalls, und zwar unter Reichsbürgschaft vermittelt werden.

Diese Pläne haben insofern eine erfreuliche Variation erfahren, als sich jetzt zwei große Gruppen, nämlich außer der Bau- und Bodenkreditbank noch die Sparkassen, Kommunalbanken und die Landesbanken um die Finanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms bemühen. Ihre Spitzeninstitute haben dem Reich angeboten, den für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm erforderlichen Hypothekenkredit von 100 Millionen sowie die eventuell notwendigen Zwischenkredite zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind die Spitzeninstitute bereit, 100 Millionen Mark auch für Straßenbauzwecke zu beschaffen.

Wir halten, wie gesagt, diese Konkurrenz in der Befriedigung von notwendigem Geldbedarf für die Konjunkturpolitik des Reiches für erfreulich, müssen aber bedauern, daß das Angebot der öffentlichen Spitzeninstitute fast wie ein Kampfschild aussieht. Wenn der allgemeine Kapitalmarkt auf der Seite der Sparkassen, Kommunalbanken und Landesbanken bereits so günstig zu beurteilen ist, daß auf normale Wege die erforderlichen Gelder bereitzustellen sind, dann wird sich wohl die Deutsche Bau- und Bodenkreditbank um die ihr vom Reich zugedachten Finanzierungsaufgaben reihen, zumal schließlich ja doch in volkswirtschaftlicher Betrachtung die Mittel aus einem Topf genommen werden müssen. Es wäre auch gar nicht wünschenswert, besondere Kosten durch ein überflüssiges Nebeneinanderarbeiten entstehen zu lassen. Was den Straßenbau anbelangt, so ist der Kapitalbedarf so groß, daß eine Konkurrenz gar nicht zu entbehren braucht und die beiden Gruppen sich um seine Finanzierung bemühen können.

Leichte Belebung des Wohnungsbaues.

Das Institut für Konjunkturforschung meldet eine geringfügige Belebung des Wohnungsbaues infolge der Senkung der Hypothekenzinsen. Im ganzen bleibe der Baumarkt aber ungenügend, und auch für den Rest des Jahres sei keine durchgreifende Besserung zu erwarten. In den ersten vier Monaten 1930 sei die Zahl der Wohnungsbauverträge um 36 Proz. hinter der des Vorjahres zurückgeblieben.

Preussische Staatsindustrie 1929.

Der erste Abschluß der „Reba“-Holding-Gesellschaft.

Die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft Berlin (Reba), in die der preussische Staat vor einem Jahr die Aktien seiner Industrieunternehmen eingezogen hat, führt für das erste Halbjahr 1930 3 Proz. Dividende (entsprechend 6 Proz. Jahresdividende) an den Staatshaushalt ab. Aus den Dividenden der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A. G. (6 Proz.), der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A. G. (5 Proz.), der Bergwerksgesellschaft Hibernia (5 Proz. auf Stamm-, 4% Proz. auf Vorzugsaktien) und der Bergwerks-A. G. Reddinghausen (6 Proz.) erzielte die „Reba“ nach Abzug von Zinsen und Unkosten einen Reingewinn von insgesamt 15,02 Millionen. Davon werden 8,8 Millionen der Sonderrücklage zugeführt, 5,4 Millionen zur Dividendenzahlung verwendet, 600.000 M. dem gesetzlichen Reservefonds überwiefen und 64.000 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Dachorganisationen zu bilden, die alle kommunalen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Unternehmungen umfassen und die Deckung des Finanzierungsbedarfs einheitlich vornehmen. Schutzmaßnahmen sind nicht mehr länger zu entbehren.

Auch Sachsen und Mitteldeutschland.

Nach dem Einbruch in die Westfälische Elektrowirtschaft häufen sich die Anzeichen für eine elektropolitische Eroberung Sachsens und Mitteldeutschlands und auch großer Teile von Hannover durch das amerikanische Elektro- und Finanzkapital. Dieses Mal ist es die Chase National-Bank, die größte Bank Amerikas und der Welt, die über ihre Holding-Gesellschaften, die Chase Securities Co. sowie die Utilities Power u. Light Co. und in Verbindung mit der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft sowie der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt (A. D. K.), Leipzig, mitteldeutsche und sächsische Elektrowerke in größerem Maßstabe zu erwerben sucht.

Es soll in Leipzig eine amerikanisch-deutsche Holding-Gesellschaft mit 15 Millionen Dollar Kapital gegründet werden, an die in erster Linie die Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig, die große öffentliche Elektrizitätsinteressen (in gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen) hat, übergehen soll, nachdem ein solches Interesse bei der Ueda als Großaktionärin (1929 ohne Dividende geblieben) und auch bei der Thüringer Gas-Gesellschaft vorausgesetzt werden kann, die heute schwer unter der Konkurrenz der Continentalen Gas-Gesellschaft in Dessau leidet.

Die Thüringer Gas-Gesellschaft und ihr Vorstand fühlten sich schon heute voll als Beauftragter der Amerikaner. Wie wir zuverlässig hören, bemüht sich ihr Vorstand gemeinsam mit dem amerikanischen Beauftragten Stadgold in den Städten Hameln, Lüneburg, Veljen und Celle um den Erwerb der kommunalen Elektrizitätsinteressen. Da in Sachsen, Mitteldeutschland und Hannover die kommunalen Finanznöte überall gleich groß sind und da die von den Amerikanern anjubelnden Geld- oder Anleiheverträge bei dieser Finanznot ein besonderes schweres Gewicht haben, ist auch für diese Gebiete eine unmittelbare Gefahr bereits gegeben, die ein schnelles Eingreifen des Staates erfordert.

Am der Bilanz stehen die Beteiligungen mit 245,63 Millionen zu Buch; wie die Verwaltung bei einer Pressebesprechung erklärte, stehen in diesem Posten erhebliche stille Reserven, da der Wert der Beteiligungen von neutraler Sachverständiger Seite auf rund 500 Millionen geschätzt wird. Die durch den Bienenburger Schachsteinbruch verursachte Kapitalherabsetzung der „Reba“ braucht daher bei der „Reba“ nicht zu Abschreibungen zu führen.

Auf der Vermögensseite weist die „Reba“ zum 30. Juni 1930 weiterhin Bank- und Postcheckguthaben in Höhe von 27,95 Millionen aus und Forderungen im Gesamtbetrag von 32,79 Millionen; Schuldner sind fast ausschließlich die eigenen Unternehmungen. Auf der Passivseite erscheint neben dem Aktienkapital in Höhe von 180 Millionen als größter Posten das Gläubigerkonto mit 104,88 Millionen. Davon entfallen 70 Millionen auf ein im Ausland aufgenommenes Darlehen, das aber vielleicht schon in den nächsten Wochen in ein inländisches umgewandelt wird.

Stollwerck schluckt Reichardt.

Wer schluckt Stollwerck? / Expansion des Margarine-Trusts?

Die Betriebe und die Verkaufsorganisation der Reichardt-G. m. b. H. sowie die Fabriken der Gebrüder L. G. Hamburg, der Goldina L. G. Bremen und der Hauswaldt L. G. Magdeburg sind jetzt endgültig vom Margarine-Trust auf die Gebrüder Stollwerck L. G. in Köln übergeführt worden, von der sie mit unveränderten Namen fortgeführt werden. Woher Stollwerck die Mittel zu der Transaktion genommen hat und welche Zusammenlegungen geplant sind, wird von den Beteiligten nicht mitgeteilt. Da Generaldirektor Karl F. Stollwerck Aufsichtsratsvorsitzender der zum Margarine-Trust gehörigen Sunlicht-Gesellschaft in Mannheim ist, darf der Besitzwechsel nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, als eine Verfeinerung, sondern eher als eine Ausdehnung des Margarine-Trusts in der Form der Herrschaftsverstärkung über Stollwerck gedeutet werden, um so mehr, als die Gebr. Stollwerck L. G. durch die Kataplantagen des Margarine-Trusts in den Genuss einer günstigen Rohstoffversorgung kommen kann. Das mangelhafte Kommuniqué der Beteiligten entspricht durchaus der Publizitätsfurcht der großen Trusts.

In Zürich 2½ Prozent Diskont.

Die Schweizerische Nationalbank hat ihren Diskontsatz von 3 auf 2½ Proz. ermäßigt, nachdem seit 3. April ein Satz von 3 Proz. in Geltung war. Zürich steht jetzt mit New York und Paris gleich, hat also zunächst nur das bisher Veräumte nachgeholt. Es ist aber möglich, daß auch Amsterdam und Brüssel, wo jetzt ein Satz von 3 Proz. noch gilt, Zürich folgen, womit eine neue Diskontsenkungswelle in Gang kommen könnte. Für die Weltkonjunktur wäre das kein günstiges Zeichen.

Neuer Rückgang der Roheisengewinnung.

Im Juni ist die deutsche Roheisenerzeugung in 30 Arbeitstagen gegen Mai (31 Arbeitstage) von 860.000 auf 767.000 Tonnen weiter zurückgegangen, was einem neuen arbeitstäglichen Rückgang von 27.731 auf 25.180 Tonnen entspricht. Gegenüber Juni vorigen Jahres (38.812 Tonnen) liegt jetzt ein Rückgang der Roheisenerzeugung um volle 34 Proz., d. h. mehr als einem Drittel vor.

Schlupf mit dem billigen Benzin aus Rumänien? In letzter Zeit wurde in Berlin rumänisches Benzin weit unter den Preisen von Standard Oil und Royal Shell verkauft. Damit soll es jetzt ein Ende haben. Die beiden Trusts wollen die Kunden weiter zur Strecke bringen; sie haben ein verlockendes Angebot gemacht, die gesamte Mineralölzufuhr Rumäniens zu übernehmen. Man rechnet mit einer Annahme des Angebots und im Zusammenhang damit auch mit der Einschränkung der rumänischen Vorkaufleistung. So wird das Benzin teurer werden können, was der Zweck der Uebung ist.

Die Pariser Konferenz der Internationalen Rohstoffgesellschaft ist ergebnislos auseinandergegangen, nachdem man sich über die Bildung von Verkaufsverbänden für Holzzeug und Träger auch diesmal nicht einigen konnte.

Vorgänge bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen

richtig einschätzen will. Diese Vorgänge waren äußerlich etwa so: ein großes kommunales Kraftwerk braucht — wie alle Elektrizitätswerke — infolge des dauernd anwachsenden Elektrizitätsbedarfs der Wirtschaft und der Haushaltungen neue Geldmittel. Man wandte sich an dasjenige amerikanische Bankhaus, das bisher diese Kredite gegeben hatte (Harris, Forbes u. Co.). Das Bankhaus erklärt: Ihr habt bereits zuviel Anleihekaptial, euer Eigenkapital ist demgegenüber zu klein. Man versucht vergeblich, das Kapital mit Unterstützung der beteiligten Gemeinden zu erhöhen. Aber die Gemeinden haben kein Geld. In dieser Lage kommt als rettender Engel eine deutsche Großbank (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft); mit deren Hilfe soll das Kapital vergrößert werden. Der Kaufpreis für diese Hilfe ist: Zurückführung des Einflusses der Gemeinden auf die Gesellschaft von 100 Prozent auf 50 Prozent. Mitbeherrscher des nun mit vergrößertem Aktienkapital arbeitenden Unternehmens ist aber nicht nur die deutsche Großbank, sondern ihr amerikanischer Partner — Harris, Forbes u. Co., zwar nicht direkt, aber auf dem Umweg über eine spezielle Finanzierungsgesellschaft (Public Utilities Holding Co. of America).

Unwillkürlich fragt man nach den tieferen Zusammenhängen.

Ist es wirklich ein Zufall, daß das amerikanische Bankhaus, das bisher nur Anleihen vermittelt, nunmehr Einfluß auf die Verwaltung nimmt? Bestand vielleicht von vornherein, als man in das Anleihegeschäft ging, bereits auf amerikanischer Seite die Absicht, diese Hilfe nur als Vorbereitung für spätere Beherrschung zu leisten? Zweierlei ist dazu anzugeben, dies Währungen zu steigern: erstens die Tatsache, daß die amerikanische Bank sich immer mehr auf elektrowirtschaftliche Finanzierungsaktivitäten spezialisiert hat, daß sie in den Vereinigten Staaten selbst einige der größten Elektrizitätskonzernen finanziert und beherrscht und auch im Ausland (Frankreich, Luxemburg usw.) maßgebliche Beteiligungen an solchen Unternehmungen genommen hat; zweitens die Behauptung der amerikanischen Bank, sie könne deswegen keine Anleihe vermitteln, weil das Anleihekaptial im Verhältnis zum Eigenkapital (Aktienkapital und Reserven) bereits zu groß sei, als daß noch eine weitere Anleihe in Frage komme.

Diese Behauptung ist nicht in Amerika gemacht, sondern in Deutschland bei der D. D. Bank. Wie wurden denn bisher — jahrzehntelang — in den Vereinigten Staaten Elektrizitätsunternehmen finanziert? In erster Linie durch Auflegung von Anleihen und Vorzugsaktien, wobei zu bemerken ist, daß im amerikanischen Aktienrecht die Vorzugsaktien auch nur als eine Art festverzinslicher Daueranleihe anzusehen sind. Stammaktien spielten bisher kaum eine Rolle. Ende 1927 — spätere zusammenfassende Zahlenübersichten sind noch nicht erhältlich — waren in amerikanischen Licht- und Kraftwerken 11 Milliarden Dollar investiert, hiervon 6,5 Milliarden in Anleihen und 4,5 Milliarden in Aktienform. Da der größere Teil der Aktien auf Vorzugsaktien entfällt, so bleibt für die Stammaktien nur ein Bruchteil der investierten Gesamtsumme übrig. Was in den Vereinigten Staaten von den Finanzierungsgebern als gesund und zweckmäßig angesehen wurde, konnten diese selben Finanzierungsgebern deutschen Unternehmungen nicht zum Vorwurf machen.

Der finanzkapitalistische Aufbaugangapparat.

Harris, Forbes u. Co. und ihre Elektrizitäts-Dachgesellschaft sind jedoch nur eine Gruppe aus einer ganzen Reihe ähnlicher FinanzierungsTrusts, die durchaus gleichartige Ziele haben. Wir nennen die amerikanische International Superpower Corp., die an zahlreichen ausländischen, insbesondere europäischen Gesellschaften beteiligt ist, unter anderem auch an den Hamburger Elektrizitätswerken und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, ferner an französischen, italienischen und spanischen Unternehmungen.

Ähnliche machtvolle Aufbaugangorganisationen finden wir in Belgien, der Schweiz und Kanada. Die amerikanisch-belgische Sofina ist an der Gesürel, am Elektrizitätswerk Schlesen und am Redarwerk beteiligt — sie steht im übrigen in enger Zusammenarbeit mit der Gesürel und wirkte auch bei der Uebertragung der Aktien des Elektrizitätswerks Südwest (Berlin) aus den Händen der Bewag in die Gesürel stark mit.

Die European Electric Corp. (kanadisch-belgisch-schweizerisch-italienisches Kapital) ist am Kapital der West-Elektrizitätswerke, der Thüringer Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, am Schmeper-Konzern und den Kraftübertragungswerken Rheinfelden beteiligt.

Die Züricher Elektrobauk besitzt Beteiligungen unter anderem am Kraftwerk Laufenburg, am Kraftwerk Altwürttemberg, an der Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft und einigen Unternehmungen dieses der AEG. nahestehenden Konzerns.

Dazu kommen ausländische Anleihegeber, neben Harris, Forbes u. Co. in erster Linie Dillon, Read u. Co., und neuerdings die Chase National Bank New York, die größte Bank der Welt, die eben mit der D. D. Bank und der Ueda-Beipzig Leipzig eine Elektrohdinggesellschaft mit 15 Millionen Dollar gründet.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß nach dem Gelingen der Einflußnahme auf die D. D. auch bei anderen Elektrizitätskonzernen Deutschlands auf Grund der Anleihebeziehungen ähnliche Aktionen vorbereitet werden. Diese Auswirkung würde gleichbedeutend sein damit, daß die wichtigste Energieform in Deutschland Stück für Stück in Händen ausländischer Privatkapitalisten



Die Erfolge der Mädchenberufsschule.

Was geleistet ward und was erhofft wird.

Als vor 25 Jahren in Berlin die Berufsschule begründet wurde, dachte man nur an die Einführung der Schulpflicht für Jünglinge. Erst 1913 wurden auch die Mädchen eingeschult, freilich nur diejenigen, die in einem kaufmännischen oder gewerblichen Beruf tätig waren. Heute dagegen wird die Berliner Berufsschule von 61 200 Jünglingen und 45 700 Mädchen besucht.

Der Zahlenunterschied erklärt sich einmal daraus, daß 7200 Mädchen berufsschulpflichtigen Alters die kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen besuchen, etwa 4000 auf Grund dieses Schulpflichtes vom Unterricht der Berufsschule befreit sind, etwa 2000 sich in Berufsschulen befinden, und schätzungsweise 3000 von der Berufsschulpflicht nicht erfaßt werden: Hausstöchter, Hausangestellte. Von den 45 700 Berufsschülerinnen sind

- 18 500 kaufmännisch tätig,
- 16 100 ungelernte Arbeiterinnen und
- 11 100 gelernte Arbeiterinnen.

Der Beginn der Organisation der Mädchenberufsschule fiel in die Kriegszeit. Naturgemäß hat sie darunter sehr zu leiden gehabt. Die anschließende Inflationszeit brachte auch noch keine Wendung zum Besseren. Erst seit 1924 geht es mit ihr aufwärts.

1913 wurden in dem damaligen Berlin 10 Berufsschulen eingerichtet. Außerdem wurde eine zentrale Verkäuferinnenschaft begründet. Man bildete dann Klassen für Schneiderinnen, Wäscheherstellerinnen, Buchbinderinnen, Friseurinnen, Kürschnerinnen und Pelznäherinnen, Blumenbinderinnen, Blumen- und Federarbeiterinnen. Innerhalb mehrerer Berufsweige ist neuerdings noch eine weitere Gruppeneinteilung durchgeführt, z. B. gibt es bei den Schneiderinnen Sonderklassen für Lehrlinge für Mohararbeit und solche für Räherinnen. In den Außenbezirken bestanden mit wenigen Ausnahmen vor der Schaffung der Einheitsgemeinde keine gewerblichen Berufsschulen für Mädchen.

Grundlegend für die innere Ausgestaltung der Mädchenberufsschule ist die Lebensaufgabe der Mädchen. Für die weitaus meisten Frauen ist sie eine Doppelaufgabe: Erfüllung beruflicher und auch hausfraulicher Pflichten.

Die Erziehung im Erwerbs- und im Hausfrauenberuf ist für die Frau und für die Gemeinschaft gleich wichtig.

Es gilt ferner neben dem praktischen Rüstzeug fürs Leben die inneren Kräfte durch Erziehung des stark beeinflussbaren Jugendalters zu wecken. Der Weg der gewerblichen Mädchenberufsschulen

ist durch diese Aufgabenstellung klar vorgezeichnet. Die Mädchenberufsschule muß mit dem Endziel der Berufserfüllung der gewerblichen Arbeiterinnen von der Berufs- zur Menschenbildung gelangen. Das Mädchen muß im Element der schaffenden Arbeit täglich lernen, — in der Meisterlehre und auf der Arbeitsstelle in der Fabrik oder in der Förderung des Sachwissens und der manuellen Fertigkeit für die Berufserfüllung der Arbeiterinnen ist deren innere Einstellung zum Beruf. Die erwerbstätige Hausfrau, die ihrer doppelten Pflicht als Produzentin im Wirtschaftsprozess und als Konsumentin in der Haushaltung gerecht werden will, muß ein hohes Maß von geistiger und körperlicher Disziplin besitzen.

Die drohende Gefahr der Abnutzung der Arbeitskraft ist das, was in den Mittelpunkt des Bewußtseins der Berufsschülerinnen als der späteren erwerbstätigen Hausfrauen zu bringen haben.

Ein Thema wie „die Arbeiterin, Frau und Mutter als mitverantwortliches Glied in der Volks- und Familiengemeinschaft“ muß Bildung geben einmal zur Rationalisierung jedweder Berufs- und Hausarbeit, als auch dazu, daß hierdurch körperliche, geistige und seelische Kräfte frei werden müssen für die schönste Aufgabe der Frau, die pflegerische Behandlung ihrer amtierenden Menschen. Alle Erziehung zur Berufsarbeit, alles hausmütterliche Wirken der Frau ist letzten Endes deren Erziehung zur Staatsbürgerin. Unschwer ist durch das eigene bescheidene Wirken der gewerblichen Arbeiterin im Zusammenhang mit Volkswirtschaft und Volkswohl das Merkmal staatsbürgerlicher Lebensführung aufzuzeigen, Arbeits- und familienerzieherische, als auch verfassungsrechtliche Kenntnisse stärken ein verantwortungsbewusstes Staatsbürgerintuitum. Ein Querschnitt durch sämtliche Stoffgebiete der Berufsschule zeigt die vielfältige Gelegenheit, zur Selbsterziehung anzuleiten.

Viel Arbeit ist geleistet worden an der Gestaltung der Mädchenberufsschule, manche Erfolge sind zu buchen, aber groß sind noch immer ihre Rüste. Überall stellt sich das Rückenheben einer Kriegseinrichtung der Erreichung des Zieles in den Weg. Vor allen Dingen erschweren die unvollständige Durchführung und der große Mangel an geeigneten Unterrichtsräumen die Arbeit und untergraben ihren Erfolg. Erst wenn das Ortsgesetz auch Hausstöchter, Hausangestellte und Arbeiterinnen in landwirtschaftlichen Betrieben schulpflichtig macht und genügend Räume mit zweckmäßigen, modernen Einrichtungen der Mädchenberufsschule zur Verfügung gestellt werden können, kann sie ihre Aufgaben restlos erfüllen.

Jugendpflege und Erholungsfürsorge.

Ein wegweisender Rückblick.

Gelegentlich der Ausführung des Films „Aus der Jugendwohlfahrtsarbeit der Stadt Berlin“ äußerten die Deutschnationalen ihre Bedenken über die Berechtigung dieser Propagandarbeit. Vielleicht ist es ganz ersprießlich, diesem Mißtrauensvotum an Hand von Zahlen und sonstigen statistischem Material, das wir den „Mitteilungen aus der Arbeit des Landesjugendamtes“ über die Zeit vom März bis Oktober 1929 entnehmen, wieksam entgegenzutreten.

Der Ausbau der Erholungsfürsorge der Großstadtkinder, die, inmitten des Häusermeeres, umgeben von Geschrei aller Art, in meist unzureichenden Wohnräumen, heranwächst, ist die vornehmste Aufgabe einer sozialen Gesetzgebung. Das Landesjugendamt war daher bemüht, soweit erholungsbedürftige Kinder wie nur irgend möglich aufs Land zu verschicken. Von der Stadt Berlin wurden in der Berichtszeit 2050 Kinder, von privaten Wohlfahrts- und Jugendorganisationen und Verbänden 1150 Kinder nach Rest verschickt; 2096 Kinder konnten im Kindererholungsheim Schauen aufgenommen werden, im Berliner Jugendland 3050 Kinder, 1326 Kinder Aufnahme, in den Schullandheimen fanden 92 Schullandklassen mit 3178 Schülern Aufnahme. Das neue Kindererholungsheim „Hanfa-Haus“ in Arensee (Mecklenburg), das am 1. September d. J. seiner Bestimmung übergeben wurde, konnte bereits am 5. September die ersten 20 Berliner Gäste, und zwar erholungsbedürftige Mädchen im Alter von 14 bis 19 Jahren, die schon im Erwerbsleben stehen, oder sich in der Berufsausbildung befinden, bei sich aufnehmen.

Neben der Verschickung in die städtischen Heime hatte im Berichtsjahr die Beanspruchung der privaten Heime bedeutend zugenommen. Zum ersten Male wirkten sich in diesem Jahre die neuen Grundzüge für die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher in Erholungsfürsorge aus. Zu den Sonderaufgaben des Landesjugendamtes gehört auch die Verschickung erholungsbedürftiger taubstummer, blinder und Krüppelkinder. In Ermangelung deutscher Gebirgs- und Küstengebiete konnten 1059 Kinder, deren vom Arzt ein Aufenthalt im Gebirge perordnet war, auf die Dauer von 6 Wochen in Zustandshäusern in der Schweiz, in Oesterreich, in Holland und in der Tschechoslowakei Aufnahme finden. Die Kosten wurden von den Bezirksämtern übernommen. Bei bekanntem und verwandten Familien konnten 265 Kinder ihre Ferien verbringen, den Kindererholungsstätten nach Oesterreich und dem Sonderzug nach der Schweiz wurden 265 Kinder angefahren, die in bayerischen, württembergischen und badischen Familien gästefreundliche Aufnahmen fanden. Jugenderholungsstätten ins Ausland fanden bei den Jugendlichen eine große Anhängerenschaft, da sie durch die Erfahrungen neben der körperlichen Erholung auch ihre Kenntnisse bedeutend erweitern konnten. Auch die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder in Landeinzelpflegestellen — vor der Entsendung der Kinder wurde die übliche Kontrolle der Pflegestellen durchgeführt und nur völlig einwandfreie Stellen zu Be-

legung vorgeschlagen — zeitigte bei einer Gesamtverpflichtungszahl von 1350 Kindern überall gute Erfolge.

Die Gesamtbeförderungsziffer von Kindern und Jugendlichen nach den verschiedenen Erholungsklassen konnte bedeutend vergrößert werden.

Während im Jahre 1928 achtzig Sonderzüge mit rund 55 000 Kindern zur Durchführung kamen, verkehrten in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. 93 Kindererholungszüge, in denen rund 70 000 Kinder befördert wurden. Von großem Vorteil für die schnelle und reibungslose Abfertigung der Kindererholungszüge waren die vom Landesjugendamt herausgegebenen Richtlinien über die Zusammenstellung und Abfertigung der Züge und die Merkblätter für die Transportführer und Begleitpersonen. Einen wertvollen Teil der Jugendpflege bilden auch die Ferienplätze auf den Außenbezirken Berlins. Auch die Tätigkeit in der Jugendbewegung und auf dem Gebiete der geistigen Jugendpflege hat an Umfang zugenommen und bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Das Haus der Jugend in der Luisenstraße hat in der Berichtszeit 56 138 Jugendliche, die auf der Durchreise waren, aufgenommen, versorgt, betreut und beraten; im Vergleich zum Vorjahr — Aufnahmen von 40 000 Jugendlichen — ist die Zahl somit bedeutend gestiegen. Ebenso hat der im Sommerhalbjahr 1928 eingeleitete Schüleraustausch mit Frankreich eine erfreuliche Zunahme erfahren.

Das Film- und Lichtbildwesen hatte in der oben erwähnten Zeit eine ganz besondere Förderung erfahren. Es konnten vierzig in der Jugendpflege tätige Personen als technische Leiter für Lichtbildvorführungen an Schulen, dreißig Filmvorführer, die ebenfalls in der Jugendpflegearbeit stehen, für die Veranstaltungen in den Jugendheimen der Bezirksämter ausgebildet werden. Die Zahl der städtischen Jugendheime hat sich in der Berichtszeit auf 84 erhöht.

So wird alles getan, der jungen Generation den schweren Lebenskampf durch Kräftigung und Stärkung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte nach Möglichkeit erleichtern zu helfen. Hoffentlich gelingt es, trotz aller Finanznöte, auch in Zukunft die Kräfte, die gerade auf diesem wichtigen Arbeitsgebiete sparen wollen, zurückzugewinnen und Jugendpflege und Erholungsfürsorge zu erhalten und weiter auszubauen.

Der Sportplatz im Volkspark Wuhlheide ist fertiggestellt und soll seiner Bestimmung zugeführt werden. Aus diesem Anlaß findet am Sonntag, dem 1. Juli d. J., eine Einweihungsfeier statt, zu der die städtischen und Bezirkskörperschaften eingeladen sind. Anschließend werden lehrtafelartige Lectionen durchgeführt und Wettkämpfe ausgetragen. Der sportliche Teil wird von dem Kartell für Arbeiterport und Körperpflege angeführten Vereinen bestritten. Beginn der Feier 17 Uhr. Der Zutritt zum Sportplatz ist unentgeltlich, um allen Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zur Teilnahme an der Einweihungsfeier zu geben.

Liederbücher in den Volksbüchereien. Der Verwaltungsbereich Kreuzberg hat seinen Volksbüchereien wieder eine Anzahl neuer Bücher überwiesen, die sich im wesentlichen mit dem deut-

lichen Volkslied beschäftigen. Man findet Lieder mit Lauten- bzw. Zupfgeigenbegleitung, die von Hermann Löns mit gutem Einfühlen in die Volkspsychik gedichteten modernen Volkslieder usw. Ebenso sind Sammlungen von Kinderliedern, Singspielen, Tänzen und Tanzspielen vorhanden; die letzteren sind im wesentlichen den Jugendbüchereien und Jugendleserhallen überwiesen worden.

Wirtschaftsgebiet Berlin.

Der Siedlungsfranz um die Weißstadt.

Sonntag für Sonntag ergießt sich ein gewaltiger Menschenstrom in die Randbezirke von Berlin und in die angrenzenden Landkreise. Unzählige dieser die Großstadt zum Wochenende stehenden licht- und lufthungrigen, Ruhe und Erholung suchenden Mietkassernenbewohner haben ein festes Ziel, eine „eigene Scholle“. Mehr als 300 Orte um Berlin bekommen auf diese Weise ihren Sonntagsbesuch. Diese Orte verteilen sich auf die sechs ländlichen Landkreise. Die ursprünglich rein ländlichen Orte haben dadurch ein eigenartiges Gepräge erhalten, halb städtisch, halb ländlich. Schätzungsweise gibt es außerhalb Berlins, soweit der Vorortverkehr reicht, teilweise aber darüber hinaus, etwa 200 000 solcher Parzellen, die schon in festen „Siedlerhänden“ sind und zum großen Teil gartenmäßig bewirtschaftet und auch bebaut werden. Die Ursachen dieser „Völkerwanderung“ sind sehr verschieden. Zum großen Teil war die Triebfeder die Wohnungsnot, auch der Wunsch, Kapital anzulegen und nicht zuletzt Liebe zur Natur waren die Ursache.

Welchen Wert diese Siedlungsgrundstücke haben, läßt sich nur schätzen. Ohne Baulichkeiten, also ohne Kleinhäuser, Wohnlauben und Feldhäuschen mit dem was drum und dran ist und dazu gehört, wird man wohl 500 Millionen Mark schätzen können. Mit den Baulichkeiten, die sicher einen Wert von mehr als 500 Millionen haben, kommt man auf eine Milliarde Mark, deren Wert sich in der Hauptsache in den letzten zehn Jahren gebildet hat. Die Landkreise sind, abgesehen von dem früher fast wertlosen Boden, um diesen Betrag reicher geworden.

Die Entwicklung geht in erhöhtem Tempo weiter. Das Angebot an Siedlungsgebiete an schon „reifen“ Baulichen und Parzellen ist zur Zeit derart, daß unsere verantwortlichen Behörden nicht nur alle Hände voll zu tun haben, sondern mit gemischten Gefühlen diese Entwicklung beachten.

Eine willkürliche Hemmung wäre zu verantworten, wenn eine volkswirtschaftliche Gefahr von dieser Siedlungsbewegung zu befürchten wäre. Aber diese Behauptung wagt niemand aufzustellen. Jedenfalls ist bisher höchstens gegen die mit unzulänglichen Mitteln oder auf unzureichender Basis betriebene Siedlung von verantwortlichen Stellen Front gemacht worden. Der wirtschaftliche Wert der Gartensiedlung kann eben nicht verkannt werden. Die Rentabilität kann ebenfalls nicht bestritten werden in den Fällen, wo Grund und Boden zu realen Preisen gekauft wurden.

Als ganz wesentlicher Faktor kommt aber hinzu der ideale Wert und nicht zuletzt der gesundheitliche Wert. Dieser Kranz von neuen Siedlungen um Berlin gibt sicher ein wohlthuendes Bild als die einstigen Sandwüsten, Heidesflächen und lümmeligen Wälder mit Krüppelkiefern. Die sechs Landkreise um Berlin haben damit zwar viel Sorgen bekommen, aber noch mehr Geld. Schwerlich werden sie die bevorstehenden Aufgaben eigener Kraft lösen können. Tatsache ist, daß nur durch Umgestaltung der Wohnverhältnisse und der Lebensgewohnheiten der in Betracht kommenden Bevölkerung, heute schon von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet sprechen kann, das nur künstlich durch kommunale Grenzen getrennt ist.

Selbst wer den inneren Zusammenhang nicht kennt, vermag an dem strahlenförmig von Berlin ausgehenden Verkehr in diesen Wirtschaftsbezirk zu erkennen, daß ein Kreislauf stattfindet. Die „Gartenstadt Berlin“ wird! Und das ist gut so. Es liegt im Interesse ihrer Bevölkerung. Der Sinn für Verantwortlichkeit wird erweckt, ohne daß der Gemeinschaftsgedanke verloren ginge. Es ist eine Fiktion, daß sich die Menschen in den weitläufigen Siedlungen weit näher stehen als in den Massenquartieren der Stadt. Leider verstehen viele, sich zwar mit Eifer aber absolut keiner Kenntnis als Siedler zu betätigen. Der Misserfolg ist dann auch bald da. Viel Geld wird auf diese Weise verthan. Es dürfte nützlich sein, wenn die Selbsthilfe mehr mit Gemeinschaftshilfe verbunden würde, und zwar gleich zu Beginn. Die „Grundbesitzervereine“ oder wie sie sich in neuerer Zeit taufen, die „Siedlervereine“, sehen sich zum großen Teil aus Mitgliedern zusammen, die schon die Schule der Organisation durchlaufen sind. Man trifft selten Elemente, die weder gesellschaftlich noch politisch orientiert sind. Trotzdem muß der Gemeinschaftsgedanke noch stärker werden. Die zufriedenstellende Entwicklung der Gartenstadt Berlin kann nur mit den organisierten Siedlern und durch Zusammenarbeit dieser mit den Behörden erfolgen.

Krisenmacher im Kleinen.

I. Bezirk — Charlottenburg.

Mit der Bedarfsmeldung für den Bezirk Charlottenburg für das Etatsjahr 1931 beschäftigte sich in zweistündigen Sitzungen die Bezirksversammlung. Nach eingehender Vorbereitung durch den Haushaltsausschuß, Berichterstatter Stadtverordneter Carlinski, wurde die Annahme empfohlen, mit der Maßgabe, von den etwa 11 Millionen betragenden Anforderungen etwa 3 Millionen zu streichen. Die sogenannte Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte — Volkspartei, Zentrum und Wirtschaftspartei — unter Führung des Stadtdr. Kunz (Volksp.) streifte mit Rücksicht nach rückwärts; diese Gruppe beantragte noch weitere Streichungen und brachte ihren im Haushaltsausschuß abgelehnten Antrag wieder ein, der u. a. die existenzbedingenden Anforderungen odnen wollte, nach Gruppe I: unauflösbare Anforderungen, Gruppe II: dringend notwendige Anforderungen, Gruppe III: notwendige Anforderungen, und noch weitere Streichungen von mehreren Millionen vorlag. Stadtdr. Gebert (Soz.) ergriff seine in der ersten Sitzung abgegebene Erklärung, daß keine Fraktion dem Ergebnis des Haushaltsausschusses zustimmen werde. — In der ersten Sitzung blieben die Befürworter der Bedarfsmeldung, Kommunisten, Demokraten

Karl Hauck: Bergmannslieder

„Aus Schacht und Hüte“ heißt die erste, heute verschollene Gedichtsammlung des Bergmanns Heinrich Kämpchen, die in erschütternden Versen die sich stets wiederholenden Katastrophen des Bergmannslebens schildert, wie sie sich auch jetzt wieder in der Benzol-Grube bei Neurade in Schlesien ereignet hat. Kämpchen war selbst Bergarbeiter gewesen; drei Jahrzehnte hindurch hat er „die Reihau geschwungen“, wie er sagt, aber jede freie Stunde, die ihm sein harter Beruf ließ, hat er an seiner Weiterbildung gearbeitet. Politisch und gewerkschaftlich stand er auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei, mit deren Wachstum in Westfalen sein Name eng verknüpft ist. Als im Jahre 1889 im westfälischen Kohlenrevier der große Streik ausbrach, wurde er in Gelsenkirchen in das Streikkomitee gewählt, sehr gegen seinen Willen, denn er war eine viel zu vornehme Natur, als daß er in die Deffensivität und in den Kampf des politischen Lebens hätte hineinstreiten wollen. Mit diesem Streik fand seine Tätigkeit als Bergarbeiter ihr Ende. Seit seinem 16. Jahre hatte er auf der Zeche Hofenwinkel „geschuftet“, nun, nach fast dreißig Jahren, ließ man ihn wissen, daß eine weitere Arbeit des „sozialdemokratischen Agitaturs unermüßlich“ sei. Da ging er denn und lebte bis zu seinem im März 1910 erfolgten Tode unter kümmerlichen Verhältnissen in dem Dertchen Linden in Westfalen.

Wenn er auch in einem seiner Gedichte entschuldigend sagt:

Bedenkt, wenn mir auch Vers und Form
Nicht ganz korrekt gelungen,
Ich habe geschuftet im Arbeitsloch
Und mühsal die Reihau geschwungen.

so sind seine Gedichte doch von einer solchen Gefühlstiefe und zugleich von einer solchen Kraft der Darstellung, daß sie in weitem Kreise bekannt zu werden verdienen, als nur in der Enge seiner westfälischen Bergarbeiterheimat.

Kämpchen hat das Leid seiner Kameraden kennengelernt; an den offenen Massengräbern stehend, in denen sich Sarg an Sarg reihete, rufte er den Totengräbern zu:

Totengräber, spütel euch!
Weht den Spaten, schärfet das Eisen.
Seht ihr nicht die Geier freien?
Totengräber, spütel euch!

Spatenmänner, drauß und dran!
Jögert nicht und seht nicht säumig,
Nacht die Kuhstall hübsch geräumig,
Spatenmänner, drauß und dran!

Grabet Gräber, tief und weit —
Denn gar viele werden kommen,
Viele ist das Raß genommen,
Grabet Gräber, tief und weit!

Aber fest und stark, wie die harten Männer, die unter der Erde Tag für Tag dem Tode ins Auge sehen, Magt und jammert er nicht, er fragt nur, warum und wie lange noch?

Wir jammern nicht, wir klagen nicht,
Wir schauen nur die Toten an,
Verbrannt, verstimmt und zerlegt —
Wie sie da liegen, Mann bei Mann.

Wir jammern nicht, wir klagen nicht,
Wir fragen nur weshalb, warum
Sind alle diese Augen starr,
Sind alle diese Lippen stumm?

Warum die hundert Leichen hier —
Verbrannt, verstimmt und zerlegt?
Wann endlich wird dem Massenmord,
Dem grausigen, ein Ziel gesetzt?

Wie sich schon in diesem Gedicht die Klage um die Toten zur Anklage gegen die Lebenden wandelt, so tritt dieses Gefühl noch weit mehr in einem Liebeslied hervor, das er nach der kurzlebigen Schlagweiterexplosion auf der Grube Rabbad niederschrieb, die Hunderten von Bergleuten das Leben kostete. In dieser machtvollen Ode, die er „den Toten der Grube Rabbad“ widmete, heißt es:

Draußen, ein Ungetüm,
Recht der Schachturm seine Eisenstirn
Zum Nachthimmel.
Um ihn, von ihm
Glimmt's wie Totenlicht,
Die Phosphorgefährte,
Die Dunst der Bermezung,
Ein Beinhaus — riesig, ungeheuer —
Siegt der Schacht da,
Und die Nacht hoch dorauß,
Sie, die Nacht,
Rüttelt den Leichenduft,
Der daraus emporsteigt,
Kraucht nebelhaft,
Wie die Hyäne den Grabesodem,
Und schürft ihn mit Wollust.

Aber die Toten, die in der Grube vergiftet liegen, schlummern nicht. Wenn „der Tag schläft und die Nacht brüht“, erwachen sie wieder:

Sie wimmeln und wimmern nicht,
Sie klagen und jammern nicht,
Sie heischen Gericht,
Sie fordern Sühne. —
Und immer wieder,
Solange ihr säumet,
Wird aus der Tiefe
Die Rache kommen:
Geht Recht den Toten!

Julian Ejsmond (Warschau): Der Letzte

(Schluß.)

Der einsam lebende Wälfent kannte die Menschen schon. Sie waren sonnte Geschöpfe, Waldhüter, die im Winter die Futterstellen mit reichlichem Futter versahen und verschiedene Bekerbissen mit Föhren in den Urwald brachten. Gute, sanfte Wesen. Man konnte sich ihnen ohne Furcht nähern.

Doch seit jenem Tage, an dem ein unbekannter Laut, unterirdischer Donner, den Urwald erschütterte, erschien ein neuer Mensch im Wald, ein räuberischer, der allem, was lebt, feind war.

Und der Einzelgänger lernte den neuen Menschen kennen.

Er lernte ihn an einem heiteren Herbsttag kennen, als um die Mittagszeit kaudelnd goldene Bienen in der Sonne summelten und schaukelnd, heißer Blütenduft den Wald durchzog. In einer Dichtung hinter Bindbruch witterte er Menschen.

Es waren drei zerlumpte Soldaten in braunen Mänteln. Mit raubtierartigen Kakenstritten schlichen sie heran. Blickten mit der ganzen Art eines hungrigen Raubtieres um sich. Der Wälfent bemerkte sie sofort, konnte aber ihr merkwürdiges Benehmen nicht begreifen. Er erkannte nur, daß es ungewöhnliche Leute waren, denn sie trugen nicht die grünen Farben der Waldwächter und kamen nicht im Winter in den Urwald, um die leeren Kauen mit Futter zu versehen. Er errielt inständig, daß sie in böser Absicht kamen, denn sie schlichen einher wie Diebe.

Er erhob sich also langsam und begann ungeduldig mit zornigen Schellen die Erde zu spüren. Da krochte hinter einem vom Sturm entwurzelten Baumstamm ein Schuß. Ein einziger.

Doch ehe noch der erstaunte Urwald ihn mit lautem Echo wiederhallt hatte, griff der alte Alleingänger die drei Feinde an.

Sie konnten nicht entkommen. Den ersten nahm er auf die Hörner und schleuderte ihn in die Höhe. Der Unglückliche fiel auf den Baumstamm, hinter dem er gekauert hatte, und derwickelte sich in seine eigenen Eingeweide. Er zertrat und zerstampfte den Zweiten, und als er auf den Dritten losgestürzt war, begann er sein Rütteln an ihm zu fühlen und pflegte dessen Leib mit den Hörnern, denn der starke Blutgeruch hatte ihn schon berührt und betäubt. . .

Dann ließ er die drei zuckenden, unförmigen Menschenleiber liegen und wechselte in den Urwald mit rotem Gehörn, raschfüßig und unbeflegt.

Als aber die Nacht kam, Dämmerung die Erde einhüllte und am rotaroten Himmel der erste Stern wie eine goldene Träne des schwebenden Abends aufstiege, war an dem Ort der blutigen Besorgung das Zähneknirschen und Geheul der sich um ihr Futter beißenenden Wölfe zu hören.

So bestraute der königliche Urwald die ersten verwegenen Menschen, die ihre tempelkühnerische Hand gegen ihn erhoben hatten.

Als aber die Menschenjagdungen des Haarwüdes begannen, als der bewaffnete Bauer in Scharen zur Vernichtung der Wälfente und der Hirsche auszog und mit Freuden tötete, was er bisher nicht hatte anrühren dürfen, als jedes lebende Wesen vor der schrecklichen Wut des blutdürstenden menschlichen Raubtieres zitterte — da zog der Einzelgänger stolz und sicher durch den Urwald, Furcht und Schrecken verbreitend, umgeben vom Nimbus der Unverwundbarkeit. Er brach bei den Treibjagden aus, ver-

nichtete und durchbohrte mit seinen Hörnern die Angreifer, verbreitete Tod und Entsetzen, doch ihn selbst traf keine Kugel. Und so verbreitete sich die Kunde, daß es nicht mit rechten Dingen zugehe. Und man begann ihn im ganzen Urwald zu fürchten und die Reviere zu meiden, die er gerne aufsuchte.

Die Heeresleitung schickte schließlich den Urwald. Die von der Vernichtung verschont gebliebenen letzten Ueberbleibsel des Hochwüdes wurden in Schutz genommen. Es fielen keine Schüsse mehr im Forst. Die Reviere atmeten seltsame Ruhe, und schon schien es, als ob das schreckliche Gemitter auf immerwiederkehren vorübergezogen sei. Ueber dem lächelnden Urwald von Bialowiza breitete der Winter seine weißen Schwingen aus, und der jungfräuliche Schnee verriet, als bedauerte er seine frühere Schuld, jede Spur eines Widerers. . .

Doch es kam ein Tag, wo der Urwald abermals herrenlos war. Und da begann der ungebildete Bauer das Werk der Vernichtung zu Ende zu führen. Ganze Dörfer gingen auf die Jagd. Unaufhörlich knatterten jetzt die Gewehrklappen. Die angeschweißten Tiere wechselten in die Dichtungen, fielen und verbluteten. Der Nasengeruch verpeste die düstenden Reviere von Bialowiza. Man vergaß sogar die Furcht vor dem alten Einzelgänger.

Er aber war eingedenk seiner unverdrachten Nacht, in der sich die Kraft aller früheren Geschlechter verkörperte. Und blieb am Leben.

Die Treibjagd ging zu Ende. Der Rote Demjan leitete sie, ein erfahrener Jäger, der in der Taiga von Wolgda so manchen Bären mit dem Jagdspiess abgefangen hatte.

Der Winterabend zog heraus. Die letzten schrägen Sonnenstrahlen vergoldeten den Schnee. Blaue Schatten legten sich über den Wald.

In dem von allen Seiten eingekreisten Revier fielen die Schüsse immer seltener. Nur das nicht nachlassende Geschrei der Treiber trübte mit kratztem Lärm die erhabene Stille des winterlichen Urwaldes.

In der Mitte des sich schließenden Kreises war nun eine vom Schnee halb verschüttete Dichtung übriggeblieben. Als aber die Herde der menschlichen Tiere mit lautem Lärm in diese Dichtung einbrach, spritzten Schneefontänen auf, und in dem weißen Wirbelschwall brach wie ein schwarzes Gewitter der Einzelgänger auf die Schützen los. Unregelmäßige Schüsse knallten. Der Rote Demjan stürzte wie vom Blitz getroffen zu Boden.

Doch der verheißte Wälfent ging nicht flüchtig. Er stürzte sich auf den angeschossenen Bauern, um ihn zu zermalmen und ihn mitentbrannt in die Erde zu bohren.

In einer Aufwallung wilden Mutes sprang der Sohn des Widerers auf das Tier los und zielte aus einer Entfernung von wenigen Schritten auf die zottige Brust. Und es geschah etwas Ueberraschendes: mit ohrenbetäubendem Knall zerplatzte das Gewehr und tötete den Schützen auf der Stelle. Die mit Schnee vollgeschloffenen Gewehrläufe zerstückelten ihm den Kopf. . .

Der Wälfent aber richtete nunmehr seine Wut gegen die anderen Jäger, die wildes Entsetzen pochte. Sie gedachten der Legende von dem Unverwundbaren. Und sie riefen aus, warfen auf der Flucht

die Gewehre weg und kletterten schwerfüßig auf die schneebedeckten, niedrigen, unter ihrer Last brechenden Bäume. Der Wälfent aber erreichte sie, stieß sie von den Ästen, zertrümmerte und schleuderte sie zu Boden und zertrat sie wie Gemüme. . .

Als er selbst matt wurde, zu schnaufen und zu kauen begann und sich mit hochgehobenem Schweiß langsam und stolz in sein menschenleeres Königreich — den Wald — begab.

Als er am anderen Morgen in der Blüte seiner Kraft siegestrunken, er, der Rächer des geschändeten Urwaldes, auf seinem gemohnten Wechsel durch den Wald zog, stürzte er in seiner ganzen ungeheuren Schwere in eine schneebedeckte, tüchtige Grube, auf deren Boden ein schrecklicher, zugefügter Pfahl lauerte.

So kam der um, der die Kraft und die Stärke selbst war.

Nicht riß ihn ein zottiger Bär, rasend vor Hunger, nach zehlfüßigen ihn graue, unerfährliche Wolfsrudel. Nicht traf ihn, den König dieses Urwaldes, ein Bligstrahl vom Himmel, noch zermalnte ihn ein urwälder Baum, der vom Sturm niedergebroschen wird und bei seinem Fall alles Leben zerstückelt. . . Ihn tötete menschliche Bosheit, die schlimmer ist als alle Bosheit der Welt. . .

(Verehrte Uebersetzung aus dem Polnischen von Wilhelm Christent-Beck.)

Ansteckung im Schwimmbassin?

Man schreibt uns: Das Badewasser in Hallenschwimmbädern ist vom hygienischen Standpunkt gewöhnlich weniger bedenklich als das Flußwasser und Teichwasser. Das geht aus einer jüngst veröffentlichten Arbeit der preussischen Reichsanwaltschaft hervor, in der Dr. Trüb alles wesentliche Material zur hygienischen Beurteilung der Hallenschwimmbäder zusammenstellt. Besonders die Befürchtung der Uebertragung der gefährlichsten Ansteckungsfrankheiten durch das Schwimmwasser ist unbegründet. Alle bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, daß kein sicherer Fall von derartigen Krankheitsübertragungen durch das Schwimmwasser nachgewiesen werden konnte — ob es sich um Typhus, Cholera oder Hautkrankheiten handelt. Ansteckungsgefahren bestehen natürlich immer, so viele Menschen zusammenkommen; sie sind aber nicht durch das Schwimmwasser hervorgerufen, sondern durch die Kleider und Kleiderablagen, durch Aborte, unmittelbare Berührung usw. Nur eine einzige Krankheit ist es, die durch das Schwimmwasser übertragen werden kann: die Augenbindehautentzündung.

Die neuzeitliche Desinfektion des Badewassers vermag freilich diese Gefahren im wesentlichen zu bannen. Betrachtet man die Ergebnisse über die Anwesenheit von Bakterien im Badewasser und die Erfolge der modernen Desinfektionsmethoden, so bestätigt sich der Satz, daß die Freibäder in Flüssen und Teichen unter diesem Gesichtspunkt eher ungünstiger zu beurteilen sind als die Hallenschwimmbäder. Schon das Einlaufwasser der Schwimmbecken enthält vor Beginn des Badens eine große Anzahl von Keimen, die zwar keine Krankheiten hervorzurufen brauchen, aber doch beweisen, daß das zur Füllung der Becken verwendete Kuchwasser bereits eine große Keimzahl enthält. In Deutschland rückt man diesen Keimen gewöhnlich mit Chlor zu Leibe und erzielt dadurch eine sehr vollständige Unschädlichmachung der im Leitungswasser enthaltenen Keime. Noch vollständiger freilich geht man im wohlhabenden Amerika vor. Dort sind bereits über 100 Badeanstalten mit Apparaten ausgestattet, die durch ultraviolette Bestrahlung des Zuleitungswassers sowohl alle Krankheitskeime wie auch den besonderen Geruch des Badewassers beseitigen. Bei uns verbieten die hohen Kosten dieser Behandlungsweise vorläufig wohl ihre Einführung, immertin ist es ein Trost, daß die hygienischen Einrichtungen der deutschen Hallenschwimmbäder nur noch in Schweden erreicht werden. Sowohl die ultraviolette Bestrahlung wie die Baffinwasserreinigung durch Ozon werden als die Reinigungsmittel des Badewassers der Zukunft ausgesprochen. Ungünstig ist es in dieser Beziehung, daß durch die baulichen Eigenümlichkeiten unserer Badeanstalten dem Sonnenlicht kein unmittelbarer Zutritt in die Schwimmhalle möglich ist; bekanntlich ist ja der Sommerschein als Keimtöter wirksamer als selbst die künstliche Bestrahlung. Immerhin vermag die künstliche ultraviolette Bestrahlung bis zu 95 Proz. aller Keime im Badewasser zu vernichten.

Nur gegen die Selbstansteckung des Schwimmbesuchers wird auch die Bestrahlung des Zuleitungswassers keinen Schutz gewähren können. Diese merkwürdige Selbstansteckung erscheint vielleicht paradox, denn man denkt dabei bei einer Ansteckung sonst immer an die Uebertragung durch fremde Personen oder Sachen. Nach amerikanischen Untersuchungen, die von deutscher Seite bestätigt wurden, werden Krankheitskeime in der Nase- und Rachenhöhle und in den Auswegen durch Tauchen in die Nebenhöhlen und ins Mittelohr hineingepreßt und können dort zur Krankheitsübertragung führen; es handelt sich also um eine Selbstansteckung in bester Form. Somit sind aber Befürchtungen von einer Krankheitsübertragung durch das Schwimmwasser selbst unbegründet, ein Bad und Schwimmen sind ja immer bedenklich. Dr. E. Feige.

Was leistet die Milz?

In der Milz hat die moderne Forschung das Organ erkannt, das neben dem Knochenmark hauptsächlich die Blutkörperchen bildet und vor allen Dingen aufspeichert, sowie das Blut mit der notwendigen Menge dieser Körperchen versorgt. Wie diese Arbeit vor sich geht, darüber unterrichten neue Versuche von Scheunert und Krzwanek, über die Dr. Feige in der „Anschau“ berichtet. Bei jungen Hunden, denen die Milz entfernt worden war, zeigten sich nur ganz geringe Schwankungen in ihrem Blutkörperchenmoral, und zwar blieb die Menge gleich, ob sie sich in Bewegung oder im Ruhezustand befanden. Dagegen wiesen normale Hunde in der Bewegung einen bedeutend höheren Bestand an Blutkörperchen auf. Durch die Entfernung der Milz wird also eine Veränderung des Blutkörperchenmoral verhindert. Das beweist, daß die Milz in ihrer besonderen Leistung als Speicher- und Regulierungsorgan von keinem anderen Organ des Körpers ersetzt werden kann. Die Milz sorgt bei der Bewegung dafür, daß Blutkörperchen in erhöhtem Maße ans Blut abgegeben werden. Uebrigens lebten die jungen Hunde, bei denen die Milz künstlich entfernt war, weiter und vermehrten sich auch. Das Fehlen der Milz bedeutet also für diese Tiere keine lebensgefährliche Schädigung. Diese Feststellungen über die Arbeit der Milz konnten jedoch durch einen Zufall an einem Werdie bestätigt werden. Die künstliche Entfernung des Organs ist bei Werdien bisher noch nicht durchführbar, aber bei einem tuberkulösen Tier war das Milzgewebe zerstört, und es ergab sich bei diesem ebenso wie bei den Hunden, daß der Blutkörperchenmoral keine erheblichen Unterschiede zeigte, mochte sich das Pferd nun in Ruhe oder im Trab befinden.

